

# Antifaz

Antifaschistische Zeitung

HEFT 26 Nov/Dez 1990

5. JAHRGANG

DM 2,00



In diesem Heft:

Einleitung.....	S. 3
Treffen ehemaliger Widerstandskämpfer.....	S. 4
Interview mit Fichtesportler Erwin Schulz.....	S. 7
Blick nach draußen.....	S.12
Der "Volkstrauertag".....	S.14
Impressum.....	S.17
Skintreffen in Castrop-Rauxel.....	S.19
Zerschlägt die FAP sich selbst ?.....	S.21
Hausbesetzung in Münster.....	S.23
"Welche Toten darf man ehren ?".....	S.25
Faschismus in Dortmund - Teil III.....	S.27
Antifa-Landeskonferenz NRW in Detmold.....	S.33
Brief der Jusos.....	S.34
Interview mit Paul Wulf.....	S.36
Roma in Recklinghausen.....	S.39
Wiking-Jugend:"Helden"-Gedenken.....	S.44

Verkaufsstellen:

**Dortmund**

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Café Samowar
- Taranta Babu Buchladen

**Herne:**

- Kornmühle
- Informationszentrum 3.Welt

**Dülmen**

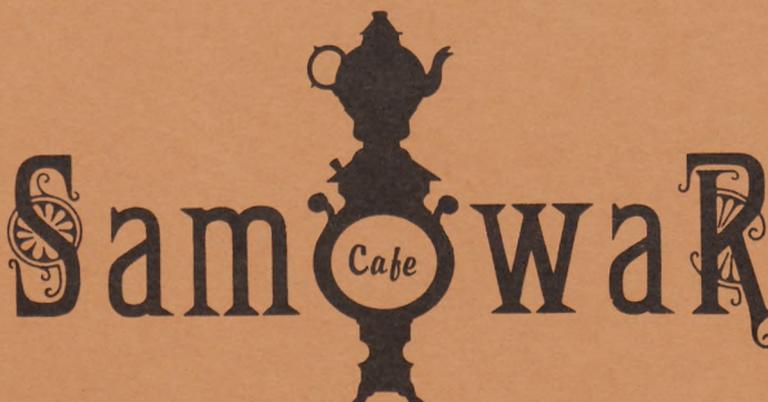
- Vollkörnchen
- Grünes Büro

**Recklinghausen**

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübbelken-Kneipe
- Grünes Büro

**ANZEIGE**

**Straßencafé**



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4600 Dortmund 1

**Marl**

- Bücherladen

**Münster**

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Fraunstr. 24
- Litfaß
- Themroc

**Herten**

- Büchereule

**Bochum**

- Buchhandlung im Hauptbahnhof

**Gladbeck**

- Ännes Naturkostladen

**Duisburg**

- Buchhandlung "Weltbühne"

# EINLEITUNG

Der November ist ein "deutscher" Monat, der 9. November ein "deutscher" Tag ? Es ist schon fast ein Datum, in dem sich deutsche Geschichte brennpunktartig spiegelt:

Am 9. November versuchten deutsche ArbeiterInnen, auf revolutionärem Weg die herrschende Ordnung zu ändern, das Kaiserreich wurde gestürzt, der 8-Stundentag und das Frauenwahlrecht erkämpft.

Am 9. November 1923 wollte Hitler durch seinen Putschversuch die "Novemberverbrecher" von 1918 vernichten, die Nazis feierten später den 9. November als "Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung".

In der **Reichspogromnacht** vom 8. auf den 9. November 1938 begannen die Faschisten mit der umfassenden Vernichtung von Jüdinnen und Juden.

Am 9. November 1989 fiel die "deutsche Mauer" und eröffnete zum einen der Expansion deutschen Kapitals neue Träume und reale Möglichkeiten im Osten, wurde zum anderen das "deutsche Volk" wiedervereint und "muß" nun wieder "vereint" Geschichte machen - wohin wird die Reise gehen ?

In dieser Ausgabe stehen **November-Ereignisse** im Mittelpunkt, so Reportagen über ein einwöchiges Treffen von antifaschistischen Widerstandskämpfern in Berlin, so ein Beitrag zum 18. November, dem "**Volkstrauertag**".

Zwei **Interviews** mit ehemaligen **Verfolgten des Naziregimes** fallen aus dem Rahmen sonstiger Interviews ein wenig heraus: Wir sprachen zum einen mit **Erwin Schulz** aus Berlin, ehemaliger **Fichte-Arbeitersportler** und aktiver Hitlergegner, zum anderen mit **Paul Wulf** aus Münster, von den Nazis eingesperrt und zwangssterilisiert.

Das Interview mit Paul aus Münster setzt unsere Arbeit auf dem Gebiet der "**Gen- und Euthanasieforschung**" fort.

Leider können wir das angekündigte Interview mit Erika vom Genarchiv Essen noch nicht drucken - es wird hoffentlich in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht.

Dann gibt es Berichte von **Skinaufmärschen** in Castrop-Rauxel, Veranstaltungen mit **Roma in Recklinghausen**, Berichte und Stellungnahmen zur **13. antifaschistischen Landeskonferenz NRW** in Detmold, und nicht zuletzt der dritte und letzte Teil unserer Serie "**Faschismus in Dortmund**".

Wie immer sind wir gezwungen, aus der Fülle des Informationsmaterials eine Auswahl zu treffen. Wir berichten **nicht** über die Demonstrationen am 3. und 4. November in Berlin, auch nicht über verschiedene Aktionen zum Tag der "Wiedervereinigung".

Zum Schluß noch unser Wunsch für das Jahr 1991:

Wir streben eine Zusammenarbeit mit weiteren überregionalen antifaschistischen Zeitschriften an, insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Schön wäre es, wenn im kommenden Jahr ein erstes "gesamtdeutsches" Treffen der Antifa-Zeitschriften stattfände.

Wir hoffen, auf unserem Weg weiterzumachen und wünschen allen unsern LeserInnen **geruhsame Weihnachtstage** und Mut und Kraft für das kommende Jahr.

Mit herzlichen Grüßen

Eure **AntifaZ-Redaktion**

# TREFFEN EHEMALIGER WIDERSTANDSKÄMPFER IN BERLIN

Ende Oktober/Anfang November fand in Berlin eine einwöchige Tagung ehemaliger Verfolgter des Naziregimes aus der ehemaligen BRD und DDR statt. Eine Reihe von wichtigen antifaschistischen Gedenkstätten wurde besichtigt, viele Gespräche wurden geführt, ein Höhepunkt war sicher das ganztägige Treffen ehemaliger Moorsoldaten am Donnerstag, dem 1. November in den Räumen der "antiFA" in Berlin. Auch ein Besuch der Gedenkausstellung im sog. "Bendlerblock" war überaus beeindruckend. Hermann Bogdal hat an dieser Woche teilgenommen. Hier sein Bericht.

## Erster Besuch:

Fünf Fäuste, Arbeiterfäuste, recken sich trotzend, drohend und mahnend in der Eingangshalle eines Landgutes mit historischer Vergangenheit in dem kleinen **Bagov**, als kämen sie aus einem Grab, dunklen Kerker in die Höhe, ans Licht.

Hier, in diesem Haus lebte jener Mann aus dem preussischen Adel, den Fontane in seinem Gedicht über den "Birnbäum" der Nachwelt überliefert hat.

Der letzte Besitzer dieses Landgutes wurde von den Nazis 1933 im Konzentrationslager Dachau ermordet.

Seit 1982 ist dies guterhaltene Haus zu einer Gedenkstätte deutscher faschistischer Terrorherrschaft gestaltet worden. Hier führen wir die ersten Gespräche mit Antifaschisten, Frauen und Männern, die seit Jahren bemüht sind, nun unter den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen, das Erbe des antifaschistischen Kampfes, die Erfahrungen aus der brutalen, menschenverachtenden Terrorzeit, für die Gegenwart und für die Zukunft wachzuhalten und zu vermitteln.

Hier hören wir berechtigte Zweifel über den Willen einer hinsichtlich des antifaschistischen Widerstandes nicht gerade geschichtsfreundlichen neuen Landesregierung, Befürchtungen über die Zukunft der Gedenkstätte.

Die Gedenkstätte vermittelt ein Bild über die abscheuerregenden Zustände im Zuchthaus Brandenburg während der Terrorherrschaft.

Das Zuchthaus Brandenburg war das größte in Europa. Es hatte die größte Hinrichtungsstätte. In der Zeit vom 1. August 1940 bis zum 30. April 1944

wurden in einer bis dahin benutzten Garage, 1722 Antifaschisten und andere politisch Verfolgte aus 19 Ländern Europas hingerichtet.

**1691 durch Fallbeil,  
17 durch Erschießen,  
14 durch Erhängen.**

652 Sterbefälle durch "schleichende Hinrichtungen" - durch Unterernährung geförderte und schlecht bzw. nicht behandelte Krankheiten.

7 Fälle von Freitod, um sich dem Henker zu entziehen.

Das jüngste Opfer, ein Franzose, war 15 Jahre alt.

Das älteste, ein Deutscher, 72 Jahre.

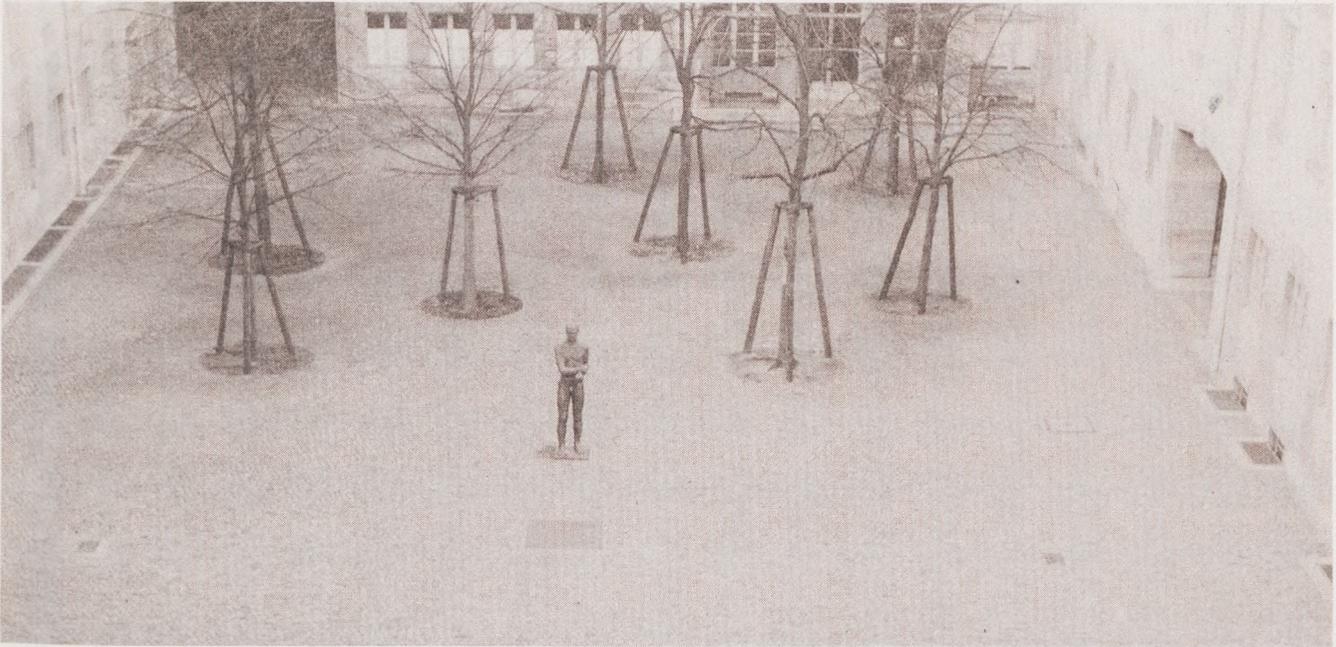
Die seinerzeit im April 1945 von der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer Gefangener des Zuchthaus Brandenburg in die Wege geleiteten Schritte für eine "Lern- und Gedenkstätte" sind nun, wie im ganzen Land der ehemaligen DDR, von einer ungewissen Zukunft überschattet.

## Zweite Etappe: Sachsenhausen.

Schon beim Durchschreiten des Eingangs zum Häftlingslager mit seinem Turm und dem Blick auf die Standorte des Galgens, wurden alle Besucher, auch jene aus der Gruppe, die Gestapo und Lagerhaft am eigenen Körper erfahren hatten, von einem Schaudern erfaßt.

Sachsenhausen, das Konzentrationslager der deutschen Faschisten, wurde im Juli 1936 nach Auflösung der KZ-Lager Esterwegen im Emsland und "Columbia" bei Berlin eröffnet.

Dem KZ-Lager Sachsenhausen war die Leitfunktion im System der faschistischen KZL zugeordnet, die es auch er-



**Gedenkstätte Deutscher Widerstand**

**Berlin**

füllte.

In der Zeit von 1936/37 mit 2000 Häftlingen zu Beginn, stieg die Personenzahl bis 1944 auf 47 000 an.

Ein riesiger Geländekomplex, auf dem das Lager in einem Dreieck angelegt war, nach militärischer Erfahrung dadurch besser überschaubar.

Die erschütternden Zahlen an Morden, Folterungen und anderen Grausamkeiten rufen Betroffenheit und Nachdenken hervor.

Es war ein kameradschaftlich lebhaftes und informatives Gespräch, in den Räumen der ehemaligen Kommandantur, mit dem Leiter und den Mitarbeitern der Gedenkstätte.

Auch hier Sorgen über ihre berufliche und damit persönliche Zukunft.

#### **Wiedersehen der ehemaligen Moorsoldaten**

Von einem besonderen Gesprächsinhalt gefüllt war die Begegnung und das Wiedersehen der Widerstandskämpfer, die zu irgendeiner Zeit in einem der Emslandlager gefangengehalten worden waren.

Das Treffen fand im Haus des "Antifaschistischen Komitees" der ehemaligen DDR in Berlin, Unter den Linden 12, statt. Das Komitee hatte sich mit der eingesetzten Wende in der DDR aufge-

löst.

Hier waren jene Männer, durch Lagerhaft, Krankheit und hohes Alter gezeichnet, die in den Frühjahrmonaten von 1945 in den Antifa-Ausschüssen bemüht waren, das Leitbild einer demokratisch-sozialistischen Erneuerung aus dem Widerstand heraus zu schaffen. In allen brannte noch die Glut, die ihnen die Kraft zum Widerstand und zum Neuaufbau verliehen hatte.

Sie zählen zu jenen, die ihrer antifaschistischen Tradition treu verbunden geblieben sind. Nun tief betrübt darüber, daß das verspielt wurde, was sie 1945 mit großen Opfern begonnen hatten.

Es war die erste mögliche und somit freie Begegnung im Kreis der Moorsoldaten. Aus dem weiten Erzgebirge kam ein Moorsoldat, der 10 Jahre Zuchthaus und Lagerhaft überstanden hatte. Da war jener Student, der im Lager 2 Aschendorfermoor in der Krankenstube tätig war und nach der Befreiung sein Studium beendete und nun dort, wo einst 1928 sein Studium begonnen hatte, Direktor an der Humboldt-Universität wurde.

In welche Worte könnte man eine Begegnung fassen, nach mehr als fünfzig Jahren mit einem Engverbundenen aus

der Zeit des Widerstandes oder der Zeit im Lager ?

Es ist sicher, aus dieser Begegnung der ehemaligen Moorsoldaten schöpfen nicht nur sie selber Ermunterung und Kraft. Für alle Teilnehmer war es kein flüchtiges Erlebnis, sondern ein tiefer, bleibender Eindruck.

### **Bendler-Block**

In der Stauffenbergstraße, früher Bendlerstraße, liegt der sogenannte "Bendler-Block", das ehemalige Hauptquartier der Wehrmacht.

Hier befindet sich eine Gedenkstätte für die Opfer des 20. Juli 1944, eine Gedenkstätte für Graf Stauffenberg und die über hundert umgebrachten Mit-"verschwörer", die nach der sog. Operation "Walküre" von den Nazis getötet wurden.

Hier befindet sich auch die wohl umfangreichste deutsche Ausstellung "Widerstand im Dritten Reich", die in einer großen Zahl von Räumen des ehemaligen Bendler-Blocks untergebracht ist.

Positiv an dieser Ausstellung ist zum einen ihr ungeheurer Materialreichtum, zum anderen ihr für bürgerliche Verhältnisse hohes Maß an Objektivität. Alle Gruppen des Widerstandes sind ausgiebig dargestellt, wenn auch die Darstellung der Operation "Walküre" aus für diesen Ort berechtigten Überlegungen den größten Raum ausfüllt. Ein einziger Mißklang fiel uns auf: Das ausgerechnet der Kölner K. Adenauer als verdienter Antifaschist geehrt wurde, war eine Nachfrage wert. Die Antwort: Ursprünglich war er an anderer Stelle

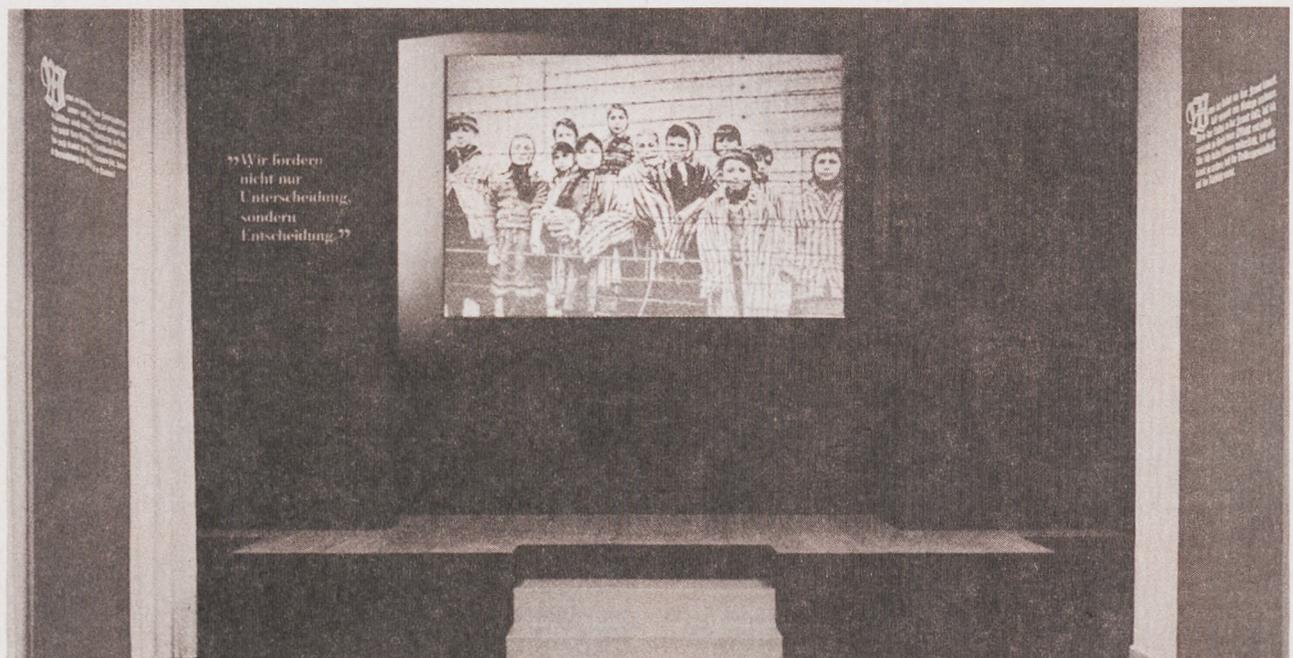
erwähnt, allerdings wußte die CDU durch massiven Einsatz seine Stellung als "Widerstandskämpfer" durchzusetzen - obwohl seine einzige Verfolgung darin bestanden hatte, daß man ihm kurzzeitig seinen Hosengürtel genommen hatte.

Die Führung durch die Ausstellung wurde von einer äußerst informierten und engagierten Referentin durchgeführt, die insbesondere auch die didaktischen Überlegungen der Ausstellung kenntnisreich erklärte. Für Schulklassen ein mehr als empfehlenswertes Ziel zu erlebtem Lernen über die Zeit des Faschismus in Deutschland.

Diese Ausstellung machte deutlich, was vielen Geschichtsstunden über das Dritte Reich fehlt: Die Anschaulichkeit und die Konkretheit, die vor allem durch eine ungeheure Fülle von Dokumenten, Bild- und Filmmaterial erreicht wird.

**Fazit: Eine Zusammenkunft, die Perspektiven für die Zukunft aufzeigte: Ein weiterer Schritt der Zusammenarbeit von AntifaschistInnen aus der ehemaligen DDR und BRD. Ein Gedankenaustausch über die künftige antifaschistische Nutzung der Gedenkstätten des Widerstands und ihre Einbindung in heutige Aufgaben des antifaschistischen Kampfes.**

Ein Entstehen neuer und alter Kontakte, die sicher durch weitere gegenseitige Besuche mit Leben erfüllt werden.



## INTERVIEW MIT ERWIN SCHULZ

Während des einwöchigen Treffens von Verfolgten des Naziregimes und ehemaligen "Moorsoldaten" aus allen Teilen der ehemaligen DDR und der BRD hatten wir Gelegenheit, ein Interview mit einem antifaschistischen Widerstandskämpfer aus Berlin zu führen. ERWIN SCHULZ, Jahrgang 1912, war früher Mitglied im wohl bekanntesten Arbeitersportverein, dem ASV Fichte. Wir erkundigten uns nach den Zielen der Arbeitersportvereine und nach Inhalten und Methoden ihres Widerstands gegen den Hitlerfaschismus.

**AntifaZ:** Erwin, Du kommst aus dem Arbeitersport. Kannst Du uns etwas über die Arbeitersportbewegung der zwanziger Jahre berichten?

**Erwin Schulz:** In jungen Jahren, ich war damals zehn Jahre alt, bin ich Mitglied im Arbeitersportverein Fichte in Berlin-Tempelhof geworden. In der Kinderabteilung turnten wir zweimal in der Woche, es war für uns Kinder eine gute Beschäftigung, wir waren weg von der Straße und in einer Gemeinschaft. Als Kinder sind wir auch viel auf unseren Sportplatz gegangen, wir hatten einen Platz in Berlin-Mariendorf, das gehörte zum Bezirk Tempelhof, wo wir sonntags auch unsere Zeit verlebten, vormittags bei Spiel und nachmittags bei Brause. An den Sonntagen unternahmen wir oft auch Wanderungen mit unserem Turnwart, der uns die Umgebung von Berlin zeigte, wo wir als Kinder so richtig rumtollen konnten, das war ja für Kinder, die sich in der Stadt aufhielten, was Außergewöhnliches.

Im Unterschied zu früher ist es ja heute schon viel mehr verstädtert. Tempelhof war ja damals Außenbezirk von Berlin, auch wenn es 1920 schon in Berlin eingliedert war.

Als Jugendliche hatten wir auch außerhalb unserer sportlichen Betätigung, wir spielten Handball, wir trieben auch Leichtathletik, heute würde man sagen, das sind regelrechte Mehrkämpfer gewesen, viele Gemeinsamkeiten.

Im Frühjahr führten wir ein sogenanntes "Ansporteln" durch, dort waren alle Sportarten, die man so betreiben konnte, eingeschlossen, dazu gehörte dann auch Radfahren über 30 Kilometer, wir machten dabei auch einen Gepäckmarsch, und Schwimmen war auch mit eingeschlossen. Diejenigen, die vielleicht gute Läufer waren und z.B. beim Hundertmeterlauf viele Punkte holten, haben dann natürlich Punkte beim Schwimmen verloren, wenn sie keine guten Schwimmer waren.

Wir betrieben im Prinzip den Sport zur Gesunderhaltung. Das war die eine Seite, der sportliche Betrieb.

Dazu kamen natürlich in den Jugendheimen Abende, wo wir uns über viele gesellschaftliche Fragen unterhielten, da kamen oft Arbeitersportfunktionäre, die uns über ihr Leben erzählten.

Wir hatten dann mal jemanden bestellt, der im ersten Weltkrieg Kriegsteilnehmer war, um über die Grausamkeiten



des Krieges etwas zu erfahren, nicht bloß diese Heldengeschichten, die Onkel und Tanten erzählten. Die hatten ja, die Onkel, oft vergessen, in welchem Dreck sie da jahrelang, z.B. an der Somme, dahinvegetierten.

Solche antimilitaristische Erziehung gehörte im Arbeitersportverein, der Name sagt es ja eigentlich schon, zur Selbstverständlichkeit.

So machten wir uns dann auch mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland immer mehr vertraut. Wir hörten da auch etwas über die Pariser Commune, die Novemberrevolution interessierte uns besonders, wir lasen Schriften von Liebknecht und Luxemburg.



**Jugendgruppe des gewerkschaftlich orientierten Zentralverbandes der Angestellten, dem Mitglieder von KPD, SAP und SPD angehören Arnoldshain im Taunus, Winter 1934**

Bis 1935/36 gelingt es der Gestapo auch, die meisten illegalen Jugendgruppen zu zerschlagen und einzelne Mitglieder vor Gericht zu bringen.

Es war nun mittlerweile so 1930/31 geworden, und wir von seiten des Arbeitersports trieben Breitensport, keinen Leistungssport. Es gab sehr viele Sparten, Schwimmer, Wasserwanderer, es gab auch die Schwerathleten, die Ringer. Sehr bekannt geworden ist ja der Werner Seelenbinder, auch durch seine Arbeit für die Kommunistische Partei, auch als Kurier, er ist später auch hingerichtet worden.

Wir nahmen als Arbeitersportler auch teil an den Demonstrationen in Berlin, da waren ja oft Demonstrationen gegen den sich entwickelnden Faschismus.

Zu der Zeit, ich wurde ja 1930 arbeitslos, gab es auch viele Diskussionen auf den Arbeitsämtern. Einige Beispiele, um das auch ein wenig verständlich zu machen, diese Gegensätze zwischen kommunistisch eingestellten Arbeitern und Sozialdemokraten. Die Gegensätze zeigten sich besonders auf dem Arbeitsamt. Da war der Vorsteher ein Sozialdemokrat. Wenn sich dann so Diskussionen ergaben, und Arbeitslose, die

um diese Gegensätze verständlich zu machen. Wir hatten dann keine Turnhallen mehr, die hat man uns "entzogen", hatten auch keine Jugendfahrtscheine mehr bekommen. Wir haben dann Fabrikhallen ausgebaut, um unseren sportlichen Betrieb weiter aufrechtzuerhalten. Unsere Gruppe wollte dann, da wir keine Sporthalle mehr hatten, teilnehmen bei einem Verein, der sozialdemokratisch eingestellt war, der gehörte dem "Arbeiter Turn- und Sportbund". Als wir dort nachfragten, hieß es, wenn Sie nicht gleich gehen, holen wir die Polizei. Im Gegensatz dazu sind wir bei einem anderen bürgerlichen Sportverein, Turnverein Tempelhof gewesen, da konnten wir mitturnen, obwohl sie wußten, daß wir Fichtesportler waren. Durch unser diszipliniertes Auftreten als Sportler, auch bei dem Turnbetrieb, erweckten wir Eindruck und fanden Sympathie bei denen. Dann sind hier, als wir 33 verboten wurden, eine Reihe von uns in den Verein eingetreten. Wir hatten da die Möglich-

keit, bei dem Sportbetrieb zusammenzukommen, auch nachher sind wir noch ins Vereinslokal gegangen, da hat man die Kontakte zwischen den Arbeitersportlern aufrechterhalten können und hat ihnen Informationen gegeben, Flugblätter hat man dann mal mitgenommen und denen zugesteckt, ohne daß es besonders auffiel.

**AntifaZ:** Wie waren denn nun Deine Erfahrungen während der Nazizeit?

**E. Schulz:**

Eine wichtige Sache möchte ich erwähnen: Wir hatten durch unsern Sportplatz, es war ja immer die Gefahr, daß der überfallen wurde durch die SA, die hatte sich ja in den Jahren entwickelt, da hatten sich angebahnt Kontakte zum Reichsbanner, der Wehrorganisation der Sozialdemokratie. Da gab es eine Absprache zwischen dem Reichsbanner, uns als Arbeitersportlern und zwischen der antifaschistischen Aktion, wo eine ganze Anzahl von RFFB-Leuten, also vom früheren Rotfrontkämpferbund waren, der war ja in dieser Zeit auch schon aufgelöst. Wir informierten uns gegenseitig, wo Gefahr drohte, daß Arbeitersportstätten bzw. Arbeiterlokale von SA-Leuten überfallen wurden. Das entwickelte sich so im Sommer 32, und diese Dinge klappten schon ganz gut.

Durch einige unserer Sportgenossen, die noch Arbeit hatten, hatten wir dann auch Informationen bekommen über Maßnahmen der Nazis, wo sich die Kriegsvorbereitungen schon andeuteten, die Entwicklung der Rüstungsindustrie, auch durch die Literatur der Nazis war uns schon bewußt, daß sie auf einen Krieg hinaussteuerten. In dieser

Richtung stellten wir auch Flugblätter her, wo wir auf die Gefahr eines Krieges eingingen. Wir bekamen auch von unserer Landesleitung und von der "Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" Informationen, die wir weitergaben an unsere Sportgenossen. Die Verbindungen zu Landesleitung in Berlin rissen natürlich öfter ab während der Illegalität, besonders nach der Reichstagbrandprovokation, da setzte ja eine riesige Verhaftungswelle ein. Da wurde auch unser Vorsitzender unserer Sportgruppe verhaftet und kam nach der General-Pape-Straße. Nachdem er denn wieder entlassen wurde, erzählte er uns nicht, wie er behandelt worden war, sie mußten das ja auch unterschreiben, jedenfalls war er sehr eingeschüchtert und hatte sich von der Arbeit zurückgezogen. Wir hatten die Verbindung zu ihm auch abgebrochen, um ihn nicht erneut zu gefährden, wir wußten ja auch nicht, ob er weiterhin beobachtet wurde.

Wir sammelten in dieser Zeit Geld zur Unterstützung der Eingesperrten und ihrer Angehörigen, für die ja eine besonders schwere Zeit anbrach.

Wir blieben weiter als eine ziemlich starke Gruppe zusammen, machten sonntags unsere Ausflüge, auch am 1. Mai, natürlich außerhalb Berlins, haben wir uns dann getroffen, z.B. am Schwärzensee, da hatten wir so einige Stützpunkte.

**AntifaZ:** Wie sah denn konkret Eure politische Arbeit während der Nazizeit aus, welcher Methoden habt Ihr Euch bedient?

**E. Schulz:** Wir sind dann regelmäßig



„Antifaschistische Aktion“  
Gruppe des Hamburger  
Kommunistischen  
Jugendverbandes,  
Mai 1932

Die Gestapo verfolgt rücksichtslos alle Versuche, politische Jugendgruppen in der Illegalität zusammenzuhalten oder neu zu formieren. Bereits im Frühjahr 1933 sind etwa 40.000 Jungkommunisten durch Verfolgungsmaßnahmen bedroht. Bis Mitte der dreißiger Jahre finden zahlreiche Prozesse gegen Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) statt.

als Leitung unserer Sportgruppe zusammengekommen, und zwar als Musikgruppe getarnt. Meine Schwester spielte Geige, wir anderen Spielten Mandoline, einer spielte Gitarre. Die Leute im Haus freuten sich, wenn da musiziert wurde, das war eine ganz harmlose Sache. Bei diesen Zusammenkünften tauschten wir unsere Informationen aus und bereiteten auch Flugblätter vor, entwarfen den Text. Wir hatten noch jemand, der schrieb Schreibmaschine, der schrieb die Matrizen, und versteckt noch einen Abziehapparat bei einem anderen, der dann die Flugblätter abzog. Wir hatten es so gemacht, daß einer von dem anderen nichts wußte.

Die Flugblätter verteilten wir entweder in der Häusern, aber da haben wir nicht unten angefangen, sondern oben, um schneller wegzukommen, oder vor Betrieben, da haben wir über die Betriebszäune die Flugblätter geworfen. Nach der Aktion mußten die einzelnen Radfahrer durch die Hauptstraße fahren, dann hatte man genau gewußt, da ist nichts passiert.

Vielleicht mal ein Erlebnis: Ich hatte einen Tag mal Flugblätter bei mir, und die hatte ich in den Lenker reingesteckt und auch bei der Sattelstütze. Es war ja oft üblich, daß man angehalten wurde von der SA, die hatten ja als Hilfspolizisten Vollmacht. Da passierte mir das auf einmal, daß ich angehalten wurde. Ich sag, was ist denn los, sagt der SA-Mann, die verfluchten Kommunisten verteilen hier Flugblätter. Nun, man muß ja schnell bei solchen Sachen reagieren, also sag ich, habt Ihr die

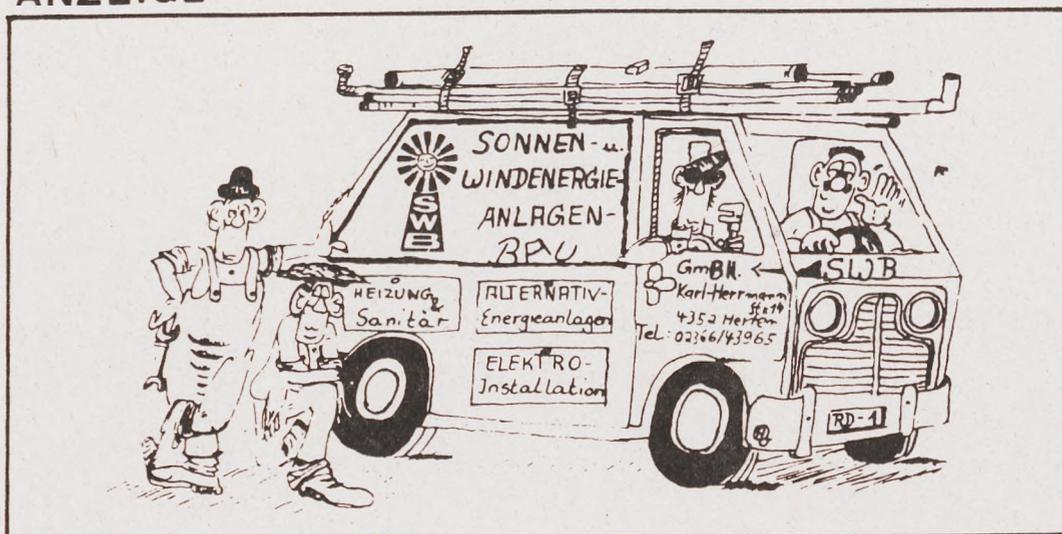
noch nicht gekriegt, nee, sagt er, und ich, dann wünsch ich Euch viel Glück dabei, dann grüßte er und meinte, dann fahr mal weiter hier. Mir war natürlich das Herz in die Hosentasche gerutscht. Solche Situationen entstanden oft auf der Straße, man wurde oft angehalten. Deshalb hatte man ja auch diese Tarnhefte entwickelt mit "normalen Titeln", z.B. Luftschutz oder Selbstschutz, darin war oft Information, die vom Ausland gekommen war. Aber das mußte man ja schnell wechseln, denn die Gestapo hatte oft welche beschlagnahmt.

**AntifaZ:** Wie ist es Dir dann weiter unter der Nazidiktatur ergangen?

**E. Schulz:** Im Januar 1935 wurde ich von den Nazis verhaftet, die ersten Tage waren wirklich furchtbar, aus dem vollen Leben rausgerissen und jetzt in solcher kleinen Zelle, da ist man rumgelaufen wie ein Tier, man weiß nicht, was wissen die und wie windet man sich aus diesen Dingen raus. Nun gut, bei der Verhaftung auf dem Alexanderplatz hat man auch die erste Prügel bezogen, da haben sie einen Stuhl zusammengehauen, damit sie ein Stuhlbein hatten, und haben auf einen eingeschlagen. Ich bin im Verhältnis zu vielen anderen noch günstig dabei weggekommen, Nachher war ich in Moabit im Untersuchungsgefängnis, meine Schwester schickte mir jede Woche ein paar Mark, so daß ich mir ein wenig zusätzlich zu essen und eine Zeitung kaufen konnte. So erfuhr man, was so in der Welt los war.

Im September 1935 war dann der Prozeß, wir standen mit 18 Genossen vor

## ANZEIGE



Gericht. Bei mir hatten sie zehn Jahre Zuchthaus beantragt, wurde dann zu fünf Jahren verurteilt und kam dann zuerst nach Luckau, einem Zuchthaus südlich von Berlin.

Ich war in Luckau bis 1937, dann kam ich ins Moor.

Ich kam nach Börgermoor.

Hier vielleicht etwas über die Solidarität unter den Gefangenen. Ich wurde mit einigen anderen auch in die Strafkompagnie gesteckt. Ich hatte bei der Arbeit das Hemd ausgezogen, ein andere hatte die Mütze abgenommen. Weil eine Besichtigung vorgesehen war, brauchten die in der Strafkompagnie wieder neue Leute, die war zu klein. Um auf die Solidarität zu sprechen zu kommen. An dem Schweinestall hatten die Posten immer Frühstück gemacht, wir konnten dann da auch ein wenig sitzen und mußten nicht mit der Schubkarre rumrennen. Dort hatten die Genossen an einer bestimmten Stelle Kohlen und verschiedene Stücke Brot versteckt. Da konnten wir selber zusätzlich etwas essen bzw. steckten unser Brot denen zu, die strengen Arrest hatten bei Wasser und Brot, denen es noch schlechter ging.

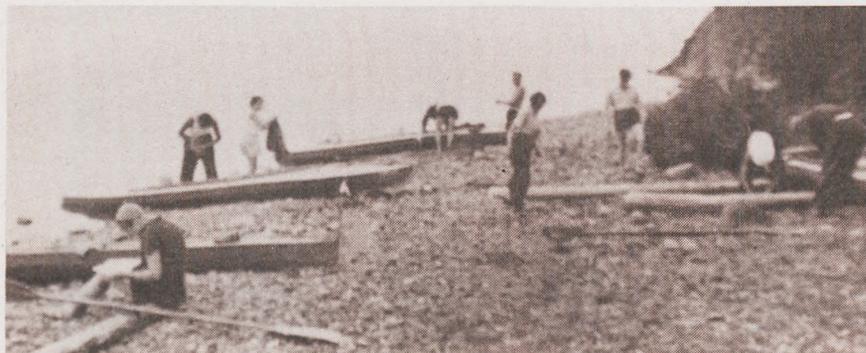
Später kam ich dann nach Großbritannien, und kam im Oktober 1946 mit einem Transport nach Berlin. Die Bedingungen 46 in Berlin und in den anderen Orten, die sind ja überall schwierig gewesen, hab dann eine Zeitlang beim Jugendamt im Bezirk gearbeitet, bin dann nachher auch bei der Wirtschaftskommission beschäftigt gewesen, habe dann vor allem auf dem Gebiet des Antifaschismus gewirkt, Jugendlichen über die Erfahrungen und Erlebnisse aus der illegalen Arbeit und aus dem Moorlager erzählt, das war für mich ein Hauptgebiet meiner weiteren Tätigkeit.

**AntifaZ:** Bist Du auch heute noch politisch tätig?

**E. Schulz:** Vielleicht ein Beispiel: 1980 haben wir eine Gedenkstätte für die Opfer der Köpenicker Blutwoche eingeweiht. 1933 sind solche organisierten Massenüberfälle der SA auf Antifaschisten durchgeführt worden, und da sind in Köpenick über 500 Antifaschisten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose, Arbeiter, bürgerliche Leute, verhaftet worden, da sind über 90 umgebracht, 17 hat man nur identifizieren können, da wurde auch der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Stelling, der dort brutal umgebracht wurde, in einen Sack genäht und in die Dame geworfen wurde. Der wurde nachher irgendwo ans Ufer gespült. Stelling war ja Mitglied des Parteivorstands, der sagte, ich bin ein alter Mann, er war damals 56 Jahre, mir werden die Nazis nichts tun, das war auch die Einstellung von vielen Sozialdemokraten, die der Meinung waren, die Nazis wirtschaften sich ab.

1980 haben wir eine Zelle in einem ehemaligen Amtsgericht eingerichtet und dort kurz und prägnant zusammengestellt, was uns über die Köpenicker Blutwoche bekannt war, was dabei vielleicht noch interessant ist, daß die Anforderung des Staatsanwaltes nach Hamburg und nach anderen Landesteilen in der BRD, abschlägig beantwortet wurde: Die Mörder wurden, obwohl namentlich bekannt, nicht ausgeliefert und sind nun drüber hinweggekommen - eine typische Erscheinung in der BRD wie z.B. die Tatsache, daß auch die Witwe Freislers hier ihre Pension bekommt.

**AntifaZ:** Ich glaube, dies können wir als Schlußwort für die augenblickliche Situation ganz gut stehen lassen. Im Namen der AntifaZ-Redaktion danken wir recht herzlich für dies ausführliche Interview.



„Freie Faltbootfahrer“  
Gruppe von ehemaligen Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterjugend aus Berlin-Neukölln auf einer Fahrt in Norwegen, Sommer 1933

# blick nach draussen

**Köln, 3.10.90**

Am 3.10. wurde um 19.00 Uhr die Kölner Philharmonie blockiert, um den "Deutschland-Jublern" die Freude an ihrer Luxusveranstaltung zu rauben. In der Philharmonie finden immer teuerste Konzerte statt, ein ähnliches Zuschußprojekt der Stadt für die Bourgeoisie wie das Opernhaus, hier versackt der größte Teil des Kölner Kulturhaushaltes.

Die eintreffenden DemonstrantInnen versperrten dem piekfein gekleideten Publikum den Eintritt durch eine Sitzblockade am Haupteingang. Etwa eine Stunde lang hatte die Polizei die größte Mühe, die Bonzen sicher durch das wütende Publikum zu geleiten. Dabei kam es immer wieder zu Provokationen, Rangeleien und Rempelen durch die Polizisten. Sprechchöre forderten "Nazis raus" oder "Deutschland, halts Maul".

Selten hat die Kölner Lokalpresse so viel gelogen wie zu diesem Thema: so schreibt der "Kölner Stadtanzeiger", es wären hundert Demonstranten erschienen, es waren mindestens tausend. "Express" und "BILD Köln" schreiben, die Beamten wären mit Leuchtmunition und Farbeiern angegriffen worden, was beides nicht stimmt, es flogen Knallfrösche, nachdem die Polizei der Schickeria mit aller Gewalt einen Weg gebahnt hatte. Danach formierte sich ein Demonstrationszug, der durch die Innenstadt zum "Alter Markt" führte, wo vor dem Spanischen Bau des Kölner Rathauses die Deutschlandfahne heruntergeholt, angezündet und brennend wieder hochgezogen wurde. Von da aus ging es in kämpferischer Stimmung und

mit Parolen wie "BRD-Bullenstaat-Wir haben dich zum Kotzen satt" oder "Hinter dem Faschismus steht das Kapital-Der Kampf um Befreiung ist international" weiter zum "Neumarkt", erste Aktionen wurden durchgeführt, so wurden der Bauzaun einer STRABAG-Baustelle (STRABAG ist mitverantwortlich für die schleichende Räumung des Autonomen Zentrums Weißhausstraße) oder Bild- und Express-Zeitungskästen umgeschmissen.

Nach kurzer Beratung zog der Demonstrationszug weiter, die Scheibe einer Agrippina-Versicherungsfiliale ging noch zu Bruch, kurz danach war Auflösung.

**Hannover, 14.9.90**

Auf dem jüdischen Friedhof an der Stangriede haben bisher Unbekannte (?) vermutlich in der Nacht zum 13.9.90 acht Gräber verwüstet und künstlerisch wertvolle Grabplatten aus der Zeit der Jahrhundertwende zerstört. Der geschätzte Schaden beträgt 25 000 DM. Ende 1987 waren dort hundert Grabsteine aus ihren Verankerungen gerissen und umgestürzt worden. Der frühere Innenminister Hasselmann hatte 100 000 DM für die Renovierung zur Verfügung gestellt. Der Denkmalspfleger hofft auf Geld von Stadt und Land. Faschisten werden als Täter nicht dingfest gemacht. Es gäbe nur einen Verdacht, wer die Täter sein könnten. Konkrete Hinweise, wie z.B. 1987 in Bothfeld, wo zahlreiche Gräber mit Hakenkreuzen verschmiert worden waren, gäbe es hier nicht.

Karlsruhe, 22.9.90

Für den Abend des Freitag, 21.9.90, hatten die "**Jungen Nationaldemokraten**" in die Gaststätte des ASV Durlach geladen. Die Veranstaltung war erst am Freitag nachmittag antifaschistischen Kreisen bekannt geworden, eine Mobilisierung war nur noch spärlich möglich.

Rund zehn AntifaschistInnen, vor allem Mitglieder der SDAJ, versammelten sich vor der Gaststätte des Sportvereins. In dessen Nebenzimmer waren etwa 10-15 Faschisten versammelt, darunter stadtbekannte Schläger aus der Skinszene. Da ein aktives Eingreifen nicht möglich war, zogen sich die AntifaschistInnen zu einer Beratung in eine Gaststätte zurück.

Dort wurde beschlossen, einen Protestbrief an den ASV zu richten. In diesem Brief wurde dargestellt, wie sich die Programmatik der NPD gegen Völkerverständigung, für rassistische Hetze und für die Unterdrückung der eigenen Interessen der Mehrheit der Jugend einsetzt. Weiter heißt es in dem Brief:

"Es ist für uns nicht nachvollziehbar, daß ein Sportverein wie der Ihre einer Organisation Möglichkeiten zur Verbreitung von Auffassungen bereitstellt, die in so eklatanter Weise dem Ziel, Jugendlichen eine eigene sportliche Entwicklung zu ermöglichen wie auch der olympischen Idee der Völkerverständigung widersprechen. Für einen durch öffentliche Mittel geförderten Verein gibt es unserer Meinung nach zudem eine besondere gesellschaftliche Verpflichtung, militaristischen und rassistischen Bestrebungen entgegenzutreten, anstatt sie zu unterstützen."



Kopien des Briefs gingen an die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN im Gemeinderat mit der Bitte, die Angelegenheit dort zur Sprache zu bringen.

Am Tag nach der Verschickung des Briefs meldete sich der Vorsitzende des ASV telefonisch bei einem der Unterzeichner und wies den Brief als "unverschämte Unterstellung" zurück: In der Einschätzung der NPD bestehe "volle Übereinstimmung". Niemals würde der ASV Neofaschisten Raum zur Verfügung stellen. Die JN hätten sich unter falschem Namen angemeldet, und der Wirt hätte auch während der Versammlung rein gar nicht bemerkt, daß es sich um eine faschistische Veranstaltung handle. In der folgenden Woche sollte ein klärendes Gespräch zwischen Bündnis gegen Neofaschismus, ASV-Vorstand und dem Wirt der Gaststätte stattfinden, um derartige Vorfälle in Zukunft zu verhindern.



## DER "VOLKSTRAUERTAG"

Am 18. November ist "Volkstrauertag". In vielen Städten des "Reichs" finden an diesem Tag Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen statt. Eine besonders erwähnenswerte Initiative ist eine Veranstaltungsreihe in Gelsenkirchen, die in diesem Jahr unter dem Motto "Gesundheit unter dem Hakenkreuz" stattfindet (Veranstaltungshinweise an anderer Stelle). Eine besondere Provokation ist dagegen das von der neofaschistischen Wikingjugend und dem FAP-Funktionär Dirk Nahrath organisierte Treffen unter dem Motto "Heldengedenken", das auf dem Soldatenfriedhof von Halbe südlich von Berlin stattfinden soll (siehe Hinweis letzte Seite).

Uns ging für diese Ausgabe ein wissenschaftlicher Beitrag von Thea A. Struchtemeier aus Bochum zu, den wir an dieser Stelle abdrucken.

### Anonymer Gefallenenkult oder Heldengedenken, Nationalsymbol oder Gedenktag für alle Opfer von Krieg und Gewalt ?

Der Volkstrauertag ist eine Erscheinung dieses Jahrhunderts und damit eine Erscheinung der größten Massenkriege, die von Deutschland verursacht wurden. Er kann, muß aber nicht im Zusammenhang mit der Entwicklung von Kriegerdenkmälern und Soldatenfriedhöfen gesehen werden.

Die Frage ist: Geht es beim Volkstrauertag um tote "Kameraden", die nicht vergessen werden sollen, oder um mehr (Krieg nicht vergessen) oder sogar um anderes ?

Die aufschlußreichste Antwort wird sich bspw. ergeben können, wenn die zum Volkstrauertag gehaltenen Reden (als eigene Literaturgattung) miteinander verglichen werden.

Ich schlage vor, sich Gedanken zu den Begriffen "Held" und "Opfer" zu machen. Wie ist die Entwicklung dieser Begriffe, gibt es eine Begriffsverschiebung, können - sollen sogar "Opfer" zu "Helden" werden ?

Was ist der Unterschied zu "freiwilligem" oder sogar "unfreiwilligem" Opfer ? Sind "freiwillige" Opfer "heldenhaft", sind es die "unfreiwilligen" ?

Zu dieser Frage gesellt sich auch die Diskussion über Individualität oder "Identität" von "Helden" oder "Opfern": Haben "Helden" oder "Opfer" Namen oder sind sie jeweils anonym ?

Und es gibt noch eine wichtige Frage, die in einer Diskussion zu berücksichtigen ist: Es ist die nach der Zuschreibung, wer beim Volkstrauertag trauert und wer beim Volkstrauertag betrauert wird. Wenn in Reden der Volkstrauertag begangen wird, sollte bspw. nicht außen

vor gelassen werden, wie "das Volk" vergleichsweise in Denkmälern symbolisch repräsentiert wird. Wer spricht repräsentativ für "das Volk" in den Reden ?

Der Kürze halber möchte ich schon jetzt darauf verweisen, daß in den Reden zum Volkstrauertag im Plenarsaal des Deutschen Bundestages bislang m.E. nur einmal eine Frau die Gedenkrede hielt (Annemarie Renger 1981); ansonsten sprachen Präsidenten des VDK, Bundespräsidenten, Generäle, Bischöfe und Kardinäle. Demgegenüber wird "die" "Trauer" bzw. "das trauernde Volk" zumeist weiblich allegorisiert (z.B. durch Pieta-Darstellungen und ihre profanisierten Versionen). Wann und wodurch also werden bspw. Frauen zu sog. "Heldinnen" ? Wollen Frauen trauernde "Heldinnen" sein ? Gab es unter Frauen aktiv kämpfende "Heldinnen" ? Wie sah oder sieht das "Heldinnentum" "der" deutschen Frau aus und gab es auch dort Unterschiede ?

In meinem Beitrag werde ich mich vor allem auf die historische Entwicklung des Feiertags "Volkstrauertag" einlassen.

### Volkstrauertag: Zwischen "Passion" und "Depression"

#### Anfänge nationaler Feiern

Mit nationalen Feiern taten sich die Deutschen immer etwas schwer. Das hatte seine Gründe in obrigkeitstaatlichen Bedenken, jedoch auch in der Zerrissenheit der damaligen politischen Situation: Deutschland war keine geeinte Nation, wie es Frankreich schon war. Stattdessen waren die Länder, aber auch später der geeinte Staat, an religiösen Festen interessiert, und die ersten

schüchternen Ansätze nationaler Feiertage lehnen sich an kirchliche Vorbilder an. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts waren der Gottesdienst mit anschließender Kranzniederlegung fester Bestandteil weltlicher Feiern.

Es waren Nationalgesinnte, die das französische Vorbild ins Deutsche wenden wollten, und es waren vor allem Protestanten des liberal-nationalen Bürgertums (Arndt, von Bodelschwingh...). Sport, Wettkampfspiele, sog. "volkserzieherische" Intention und Trauer sollten sich zu einem Massenspektakel einen. Die Katholiken in Deutschland blieben skeptisch, war doch für sie so ein Tag wie "Sedanfeier" 1871 ein "Satansfest".

Bis zu Beginn dieses Jahrhunderts gab es keine festen Nationalfeiertage, sondern nur immer wieder sporadische Massenereignisse. Es fehlten der Charakter der alljährlichen Wiederkehr sowie die Anteilnahme eines ganzen deutschen Volkes. Entweder es protestierten Sozialdemokraten und Katholiken oder das Bürgerliche Zentrum widersetzte sich, so bspw. der sozialistischen Forderung nach dem 1. Mai als Nationalfeiertag. Das Jahr 1919, so meinte das Zentrum, sei nicht zum Feiern, da "die Siegermächte" das Reich plünderten, entwürdigten und einen unangenehmen Frieden vorbereiteten. Stattdessen bestehe eher ein Anlaß zu Einführung eines Bußund Volkstrauertages.

Mit Zustimmung der Sozialisten stellte die Reichsverfassung mit Artikel 139 der WRV die Feiertage als "Besitzstand der Kirchen" unter ihren Schutz. Zum

einen sollten damit Atheisten an der Abschaffung kirchlicher Feste gehindert werden, zum anderen wurde aber dadurch die Arbeitsruhe verfassungsrechtlich gewährleistet.

Die Frage nach einem Volkstrauertag kam nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg auf. Es waren die Deutschnationalen, die den 28. Juni als nationalen Volkstrauertag verlangten. Die Forderung nach einem Volkstrauertag wurde auch von dem 1919 gegründeten VDK unterstützt, da die Durchsetzbarkeit der Forderung aufgrund der Spannung zwischen dem Reich und den Ländern erschwert war.

Der Vorschlag zu einem "Nationaltrauertag" machte der Landesverband Bayern des VDK, dem die erste Bundesversammlung des Volksbundes im Jahre 1920 zustimmte. Mit einer Feierstunde am 5. März 1922 im Reichstag setzte der Volksbund ein Zeichen, da der Antrag auf einen Nationalfeiertag aufgrund der Uneinigkeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern nicht zur Entscheidung kam. Festredner war der Reichspräsident **Paul Löbe**, dessen Rede auch heute noch immer wieder in den Gedenkreiden im Bundestag zitiert wird. Nach Löbe sollte eine Totenehrung nicht nur nationale Totenehrung sein, sondern auch internationales Totengedächtnis der im Krieg umgekommenen Menschen. (Zitat: "Ein Volk, das seine Toten ehrt, wird ein gemeinsames Band schlingen um viele Seelen,...) und wird dieses Band auch ausdehnen auf die Mutter (!) an der Wolga und am Tiber, deren Schmerz um den nicht mehr heimgekehrten Sohn (besser: Gleichnis vom verlorenen Sohn !!) nicht minder weh ins Herz sich fraß als



der Mutter an der Donau und am Rhein").

Im Januar 1925 empfiehlt der Reichsinnenminister, daß auf dem Verwaltungswege sichergestellt wird, daß die Feiern des Volksbundes am Sonntag Invokavit (1. Fastensonntag) unterstützt werden. "Lustbarkeiten" sollen unterbleiben, es wird halbmast geflaggt. Die Kirchen verhalten sich zurückhaltend, bestehen aber nicht auf der Ausschließlichkeit des Totengedenkens. Mit Zustimmung der Religionsgemeinschaften wird 1926 der Volkstrauertag auf den Sonntag Reminiscere verlegt, d.h. in die Passionszeit, den 5. Sonntag vor Ostern. Bis 1930 hatte sich der Volkstrauertag allgemein durchgesetzt.

#### Die Zeit des Nationalsozialismus

Die Zeit des Nationalsozialismus bescherte auch dem Volkstrauertag eine neue Feiertechnik: Die Staatsfeiertage gingen immer mehr mit Parteifeiertagen ineinander über. Auch die rein kirchlichen Feste wurden germanisch umgedeutet (Ostern: Frühlingsfest; Weihnachten: Julfest). Mischten sich bei Staatsfeiertagen ohnehin schon immer säkulare mit profanen Tendenzen, so wurden auf säkularer Basis die Feiertage im Nationalsozialismus profanisiert. Schon beim Volkstrauertag im März 1933 wird eine in-

haltliche Veränderung deutlich durch Hinzufügung und Veränderung der Beflaggung: Anstelle der von der Reichsregierung

festgelegten schwarz-rot-goldenen Flagge wehte die schwarz-weiß-rote (bislang nur für den Handel) zusammen mit der Hakenkreuzfahne. Die Begründung lieferte Hitler in einem Aufruf, "da die Soldaten der alten Armee einst unter der schwarz-weiß-roten Fahne des alten Deutschen Reiches gefallen sind". Hinzugekommen sei das "Hakenkreuzbanner, die Fahne der nationalen Revolution und der nationalen Erhebung".

Nach der Feierstunde am 12. März wird die Entscheidung Hitlers vom 10. März 1933 durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg gesetzlich sanktioniert. Ein Jahr nach Erlangung der Reichskanzlerschaft erläßt die Reichsregierung am 27. Februar 1934 ein neues Gesetz über die nationalen Feiertage, in dem der Volkstrauertag zum "Heldengedenktag" bestimmt wird. Träger des Tages ist nicht mehr der Volksbund, sondern die Wehrmacht bzw. die NSDAP. Nunmehr stehen nach dem Tenor des entmachteten bzw. gleichgeschalteten VDK nicht mehr die "Trauer um die Gefallenen, nicht die Gedanken der Versöhnung und der Verständigung zwischen den Völkern" (war das jemals wirklich so?) im Mittelpunkt der Feiern, sondern Begriffe wie "Heldentum",



Juden nach dem Ghettoaufstand  
vor der Deportation in ein  
Vernichtungslager, Warschau 1943

"Opferbereitschaft" oder Kampfbereitschaft.

Ein halbes Jahr vor dem Ausbruch des 2. Weltkrieges wird mit Erlaß vom 27. Februar 1939 eine weitere Änderung des Feiertagsgesetzes beschlossen:

"I. Heldengedenktag ist künftig der 16. März als der Jahrestag der Herstellung der allgemeinen Wehrpflicht,(...).

II. Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung ist der 9. November."

Die Auswirkungen der Feiertagsregelung beinhalten zweierlei: Erstens wurde damit der Heldengedenktag als "Tag der Wehrfreiheit" aus der Bindung an das Kirchenjahr gelöst, zweitens bedeutet die Hinzufügung des "Gedenktages für die Gefallenen der Bewegung" am 9. November (dem Tag des Hitlerputsches und des Marsch zur Feldherrnhalle 1923) eine Provokation für andere staatliche Feiertagsanhänger (ich benutze wohlweislich die männliche Form in dem Wissen um die damalige Machtverteilung in den Gremien und Parteien, deren Ideen zumeist von Männern vorgetragen wurden).

Schon immer nämlich wollten die unabhängigen Sozialisten seit 1919 den 9. November als den Feiertag der siegreichen Arbeiterklasse als Nationalfeiertag gesetzlich anerkannt wissen.

Der Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung sowie die Reichsparteitage, eigentlich der gesamte politische Totenkult des Nationalsozialismus, bei dem sich religiöse mit nationalen Wiedergeburtsvorstellungen mischten, sind eigene Analysen wert.

Eindeutig sind die Heldengedenktage soldatisch ausgerichtet, nicht nur in der Erinnerung an "Heldentum", sondern auch ermahmend in die Zukunft, es den gefallenen "Opfern" für die Großmacht Deutschland gleichzutun.

Die Täter, die den zweiten Weltkrieg heraufbeschworen, werden so zu "Opfern"; die "Opfer" der Täter dürfen aber nicht genannt werden. Mit hinein in den respektablen "Opferkreis" werden die Hinterbliebenen der Täter einbezogen. Das sind die Frauen, Mütter und Lebensgefährtinnen, die auf ihre Weise die Männer zu "Helden-Opfern" animieren sollen; alle Frauen, die das nicht tun, sind in den Augen der Machthabenden "kriminell".

Die Verdrehung des Täter/Opferstatus ist eine Frage von Macht, auch eine Frage von männlicher Macht.

## Die Nachkriegszeit

Nach 1945 gab es wiederum keine Zeit für die Deutschen zu feiern. Die "Namelosigkeit des Leides", eigentlich die Unfähigkeit, die Dinge beim Namen zu nennen, zeichnete sich auch in der Denkmalkunst in einer abstrakten Formensprache ab.

Der erste Nationalfeiertag in der BRD war der 17. Juni; gegenüber der gegründeten DDR - wie viele Feiern in der Vergangenheit zuvor - ein provokanter Gedenktag, der in der Tradition verblieb mit nationaler Freude oder Trauer einer anderen Nation bzw. einem anderen Staat die eigenen politischen Strategien zu präsentieren.

Hinter nationalen Gedenktagen steht immer das Carl Schmittsche Denken von Freund und Feind, ein fremdenfeindliches Denken ( das sich zuguterletzt auch auf Frauen bezieht).

Es machte Mühe, den Volkstrauertag wieder einzuführen; die Zeit war eher auf Vergessen eingestellt.

Wieder setzte sich der VDK für die Einführung des Volkstrauertages ein, der wiederum am Sonntag Reminiscere als Gedenktag für die Opfer der Kriege und des Nationalsozialismus stattfinden sollte.

Opfer waren dabei alle: Soldaten, zuallererst genannt, die töteten, wie Kriegsgefangene, rassistisch und religiös Verfolgte und Vertriebene.

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung:

Mittwoch, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtparkasse Recklinghausen

BLZ 426 500

Kto.-Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Carsten, Thea, Susanne, Wolfgang T., Eckhardt,

Falko, Ingrid, Klaus, Ruth und

Hermann B.

Druck: druckwerk

Penningskamp 12a

4600 Dortmund 30

Die Totenehrung gedachte der toten Opfer, und nicht der Menschen, die heute noch unter den Folgen des Nationalsozialismus leiden (darunter zähle ich auch die zwangssterilisierten Frauen - es waren vor allem Frauen -, die sogenannten "Versuchsoffer": Juden/Jüdinnen, Roma und Sinti, Fremd- und ZwangsarbeiterInnen).

Wegen der in Baden und Württemberg stattfindenden Landtagswahlen wurde jedoch der Passionstermin in die Zeit des allgemeinen Totengedenkens, in den November verlegt.

Ich zitiere aus der Bekanntmachung des Bundesministeriums an die deutsche Presse:

"Der Bundesminister des Inneren hat (...) den Innenministern der Länder empfohlen, den 2. Sonntag vor dem 1. Advent als Volkstrauertag zu bestimmen, **der der Erinnerung an alle diejenigen, die ihr Leben für die Güter der Menschheit hingegeben haben, dienen soll**" (Hervorhebung von mir).

Es schließen sich Fragen an:

Wer sind "diejenigen", die ihr Leben für die Güter der Menschheit hingegeben haben?

Taten sie es freiwillig als Pflicht oder wurden sie unfreiwilligerweise dazu gezwungen?

Was sind "Güter der Menschheit"?

Zu welchem Zweck töteten deutsche Soldaten andere Soldaten und ZivilistInnen?

Aber vor allem:

Für welche "Güter der Menschheit" starben Juden/innen, Roma und Sinti, Lesben und Homosexuelle, Taube, Blinde und Internierte der Psychiatrien?

Noch bis Ende der 70er Jahre war in den Gedenkreden zum Volkstrauertag nur von deutschen Soldaten und Gefallenen die Rede; die restlichen der während der Zeit des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges Getöteten, zumeist ZivilistInnen, durchweg anonyme Opfer, wurden nicht erwähnt.

Erst Anfang der 80er Jahre zeichnet sich eine Wende ab, die den Mord an der jüdischen Bevölkerung und eingeschränkt der Widerstand beim Namen nennt.

(Thea A. Struchtemeier)

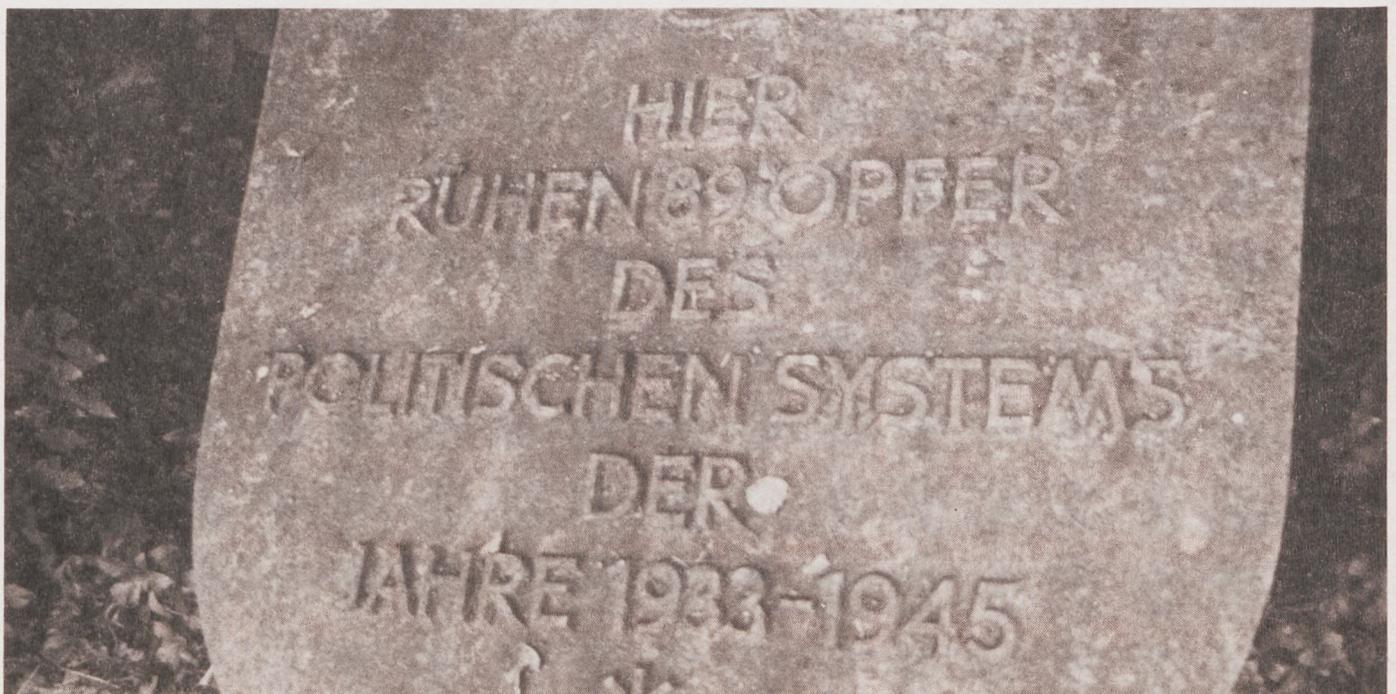
#### (Benutzte Literatur:

Hattenhauer, Hans (1984) : Deutsche Nationalsymbole, Zeichen und Bedeutung, München.

Soltau, Hans (1984) : Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Sein Werden und Wirken, Kassel.

Wegner, Richard (1979): Mortui viventes obligent, Die Toten verpflichten die Lebenden, Ansprachen und Aufsätze 1948-1978, Selbstverlag.

Wir gedenken...(1987): Reden zum Volkstrauertag von 1951 bis 1987, Kassel.)



Grabstein auf dem Friedhof in Dortmund

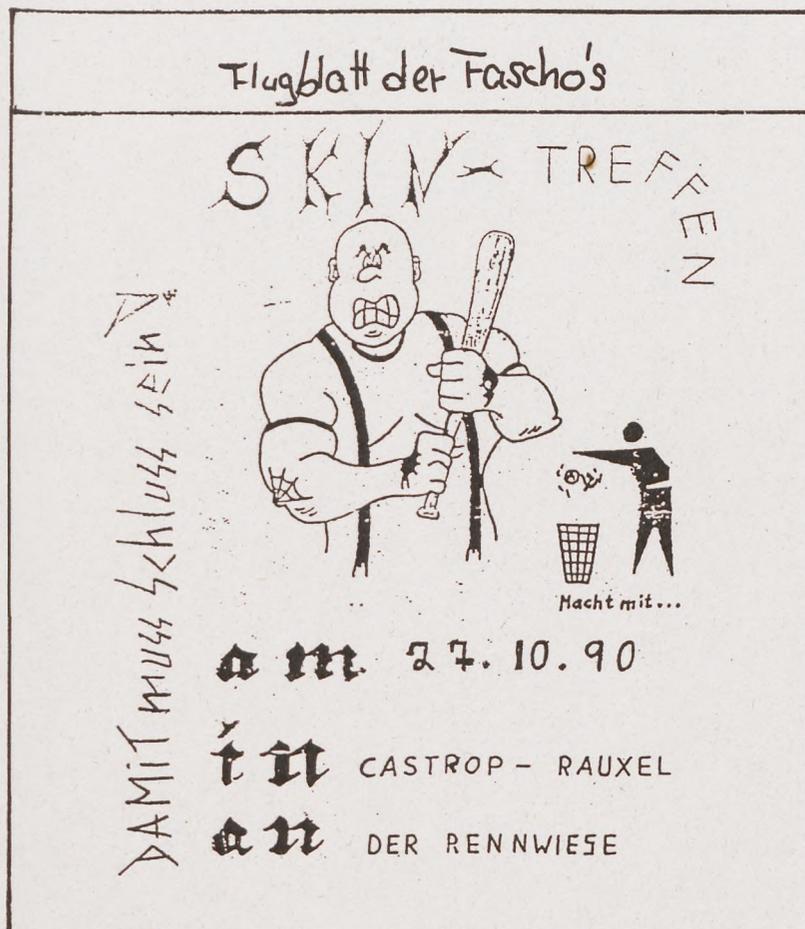
## SKINTREFFEN IN CASTROP-RAUXEL

Für Samstag, den 27. Oktober, hatten in Castrop-Rauxel Skinheads erneut zu einem überregionalen Treffen aufgerufen. Gekommen waren zwar nur zwanzig bis dreißig, aber dies war nun seit den Angriffen auf das besetzte Haus in Castrop schon das dritte oder vierte Mal, daß Skins in größeren Gruppen Angst und Terror verbreiteten. Der Antifaschistische Arbeitskreis hatte deshalb zu einem Tanz Gegen Rechts in das Bürgerhaus aufgerufen, gleichzeitig waren im gesamten Castroper Stadtgebiet AntifaschistInnen als Beobachter unterwegs, um bei möglichen Angriffen der Skins sofort Informationen weiterzuleiten.

Wir waren mit einer Gruppe Recklinghäuser AntifaschistInnen nach Castrop gefahren. Die Atmosphäre in der Innenstadt war gespenstisch, das naßkalte Regenwetter verstärkte diesen Eindruck. Überall

patrouillierende Streifenwagen, jede Menge Zivilpolizei. Der Taxifahrer, den wir nach dem Weg zum Albert-Schweitzer-Gymnasium fragten, wußte gleich, daß wir zum Bürgerhaus wollten

(die Gebäude liegen nahe beieinander). Offensichtlich waren an diesem Abend nur Polizisten und AntifaschistInnen auf den Straßen (und die Handvoll Skins auf der Rennwiese). Auch die Atmosphäre im Bürgerhaus war "naßkalt". Bis auf die erleuchtete Bühne war der Saal völlig dunkel, wenn man sich an das Dunkel gewöhnt hatte, erkannte man etwa fünfzig bis sechzig Gestalten, von denen die meisten völlig still auf der Stelle standen, immer wieder aber sprangen vier bis zehn Leute in völlig unkontrollierter Weise auf einander und auf andere zu oder warfen sich gegen die Seitenwand und auf den Boden. Über die Bands auf der Bühne läßt sich nicht viel sagen, außer, sie spielten relativ schnell - was wohl auch von den meisten ZuhörerInnen so gewünscht wurde. Weiter fiel auf, daß reichlich Bier aus Flaschen (weniger aus Dosen) getrunken wurde.



Draußen im Vorraum standen auch noch mal etwa vierzig Leute, von denen die meisten durch Aufnahme als Antifaschisten (in diesem Fall tatsächlich überwiegend männlich) gekennzeichnet waren. Vor dem Bürgerhaus war "Infobörse", die BeobachterInnen informierten über den letzten "Stand".

Der letzte Stand, den wir hörten, war der, daß an der Rennwiese nur noch ein paar Skins herumliefen. Für Castrop konnte also eindeutig "Entwarnung" gegeben werden. Allerdings lief

das Gerücht, daß auf dem Dortmunder Borsigplatz 200 Skins "standen", die wiederum waren von Polizei umstellt und wurden von dieser "abgeräumt" - zum Glück?

Wenn man die Zahl der anwesenden AntifaschistInnen mit allerhöchstens 150 annimmt, von denen noch eine ganze Reihe aus Herne, Gelsenkirchen und Recklinghausen kamen, so muß man doch fragen, warum nur so wenig gekommen waren.

Wir kennen die Entwicklung in Castrop-Rauxel

nicht, aber uns fiel auf, daß so gut wie keine Älteren Menschen, kaum Vertreter politischer Parteien (auch von der Castroper GAL wurden nur ein bis zwei Leute gesichtet) und auch niemand von antifaschistischen Organisationen, ausgenommen dem veranstaltenden antifaschistischen Arbeitskreis, anwesend war.

Haben inzwischen alle vor dem Naziterror so furchtbar Angst bekommen, daß sie sich nicht mehr auf die Straße trauen?

## ANZEIGE



# „Bücherladen“

unsere Themen von  
A-Z:

Ausländer  
Biologisches Bauen  
Chemie in Lebensmitteln  
Dritte Welt  
Entwicklungspolitik  
Faschismus  
Geschichte  
Heilkräuter  
Indianer  
Kriegsgefahr  
Liebe  
Medien

Reonazismus  
Ökologie  
Politik  
Reisen  
Sanfte Energien  
Trampen  
Umweltschutz  
Vollwerternährung  
Waldsterben  
Yoga  
Zukunft

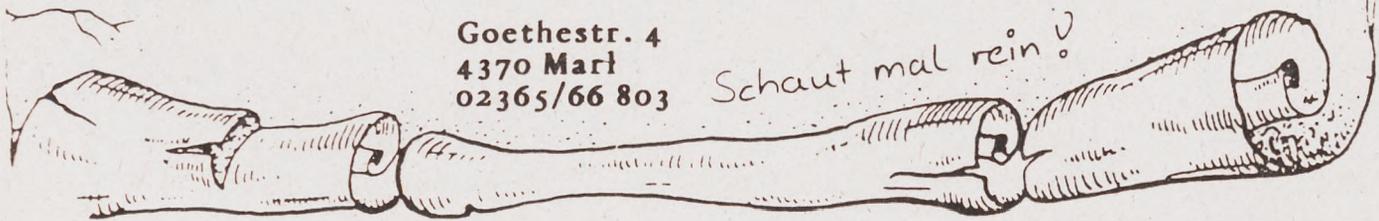
... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4  
4370 Marl  
02365/66 803

Schaut mal rein!



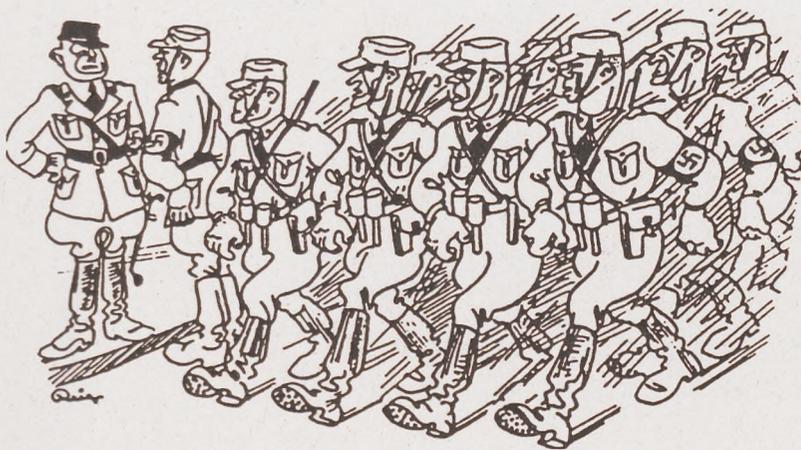
## ZERSCHLÄGT DIE FAP SICH SELBST ?

Aus dem NOVEMBERBLATT, welches von einem "Runden Tisch der Friedens- und Antifa-Initiativen und von der VVN/BdA" in Dortmund herausgegeben wurde, drucken wir den folgenden Bericht über die FAP:

Weder ihre innere Ordnung noch ihr öffentliches Auftreten ist bei der FAP so, daß es den Anforderungen der Artikel 21 und 139 des Grundgesetzes entspricht. Da die FAP mit ihren Einsätzen in der Ex-DDR ihren Einfluß vergrößerte, stellen sich

ein Hintergrundbericht der **ANTIFA Dortmund-Nord:**

Bedeutung erlangte die 1978 gegründete Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) erst mit dem Verbot der ANS/NA im Dezember 1983. Kühnen und Co., als ehemalige



auch sofort wieder innere Machtkämpfe ein. Wer glaubt, die FAP sei heute deshalb weniger gefährlich, weil sie zur Zeit im Westen nicht so in Erscheinung tritt, irrt sicherlich. Als NS-Partei, die eigentlich entsprechend dem Grundgesetz aufgelöst werden müßte, ist die FAP-Bande nicht nur mit sich selbst beschäftigt. Aber wie sie ihre inneren Probleme lösen, zeigt an, daß hier Leute am Werk sind, die vor fast nichts zurückschrecken. Hier

ANS/NA-Aktivisten, übernahmen faktisch die Partei, indem sie alle Spitzenpositionen besetzten.

Im Sommer 1986 erlitt "die Bewegung" der auch vom Bundesinnenministerium so genannten Nationalsozialisten ihren ersten großen Bruch, denn der auf dem Landesparteitag in NRW so gefaßte Beschluß "Homosexualität ist Verrat am Volk" war eine von **Jürgen Mosler (Nationalistische Front)** initiierte Kam-

pagne gegen seinen Mitstreiter Michael Kühnen. Ihren Verlauf nahm die Komödie bis zum Januar 1988, als der Moslerflügel versuchte, den Parteitag des Kühnenflügels in Hagen zu verhindern. Am 5. November 1988 tagten dann gleichzeitig zwei FAP-Parteitage. Der Moslerflügel, der besonders in NRW sein Unwesen treibt, wählte den bekannten Alt-Neonazi **Friedhelm Busse** (früher in Bochum bei der NPD, jetzt in München) zum Parteivorsitzenden sowie **Siegfried Borchardt, Ulf Nahrath und Willy Wegner** zu Stellvertretern. Die Kühnen-Bande ernannte den Gründer der Wiking-Jugend, **Walther Matthaie**, zum Bundesvorsitzenden.

Im Januar 1989 werden sich die einzelnen Mitglieder der Flügel wohl ihrer Lächerlichkeit bewußt, und so kommt es zum sogenannten FAP-Vertrag, einer Art Stillhalteabkommen von zehn führenden Köpfen, so von **Busse, Kühnen, Mosler und Christian Worch**. Eineinhalb Jahre sorgt dieser Vertrag für "Ruhe". Jedoch im August 1990, während der Nazi-parade zum dritten

Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess, spaltet sich ein Drittel der rund 1000 Neonazis vom Demonstrationszug ab, unter Führung von Busse. Man wollte nicht "hinter" dem Schwulen marschieren. Entsprechende Interview-Äußerungen waren zuviel für die Kühnenge treuen, und Worch erklärte den Bruch des Geheimabkommens durch Busse. Auch der "als Wächter und Richter über die Einhaltung des Vertra-

ges" fungierende Rechtsanwalt Rieger aus Hamburg hat als "Schiedsmann" den Vertragsbruch durch Busse bestätigt. Unter dem Titel "Der Betrug des Friedhelm B. und die FAP" wendet sich Worch im September 90 über den Indexverteiler an alle Kameradinnen und Kameraden mit dem Aufruf, den "niederträchtigen" Busse aus der FAP zu entfernen. Busse habe in einem "Piratenakt" formell den Vorsitz der FAP" er-

obert, klammere sich nun daran. Busse wird "Unehrlichkeit" und "Faulheit" vorgeworfen. Um Busse zum Schweigen zu bringen, droht Worch an, Unterlagen zu veröffentlichen, die seiner Meinung nach unweigerlich zu einem Verbot der Busse-FAP führen werden.

Kühnen hat inzwischen neue Ersatzorganisationen gegründet, die in der Ex-DDR besonders aktiv sind und angeblich schon tausende Anhänger haben.

## Anzeige

### PIRATEN-WEISHEITEN:

(die Erste)

*Und manches, was sich golden druckt  
und zehrend lockt, ihm nachzujagen,  
entlarvt sich erst, wenn man bezahlt.  
Mit Gold? O nein, mit Kopf und Kragen.*

DRUCKWERK  
43 18 21  
Satz  
REPRO  
DRUCK  
Penningkamp 12a, DO-Hörde



## HAUSBESETZUNGEN IN MÜNSTER

In Münster wurden in den vergangenen Monaten mehrere Häuser besetzt. Vor kurzem erreichten uns mehrere Stellungnahmen zu der letzten Hausbesetzung, die am 19. Oktober in der Engelstraße 59 erfolgte. Wir drucken eine dieser Stellungnahmen im folgenden ab:

In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober wurde das Haus Engelstraße 59 besetzt. Damit nicht die alten Vorurteile gegenüber Autonomen und Hausbesetzern entstehen, möchten wir uns hiermit kurz vorstellen:

Unsere Ziele, Lebensvorstellungen und unsere politische Arbeit.

**Woran denken Sie, wenn Sie das Wort AUTONOME hören?**

Vermummte Chaoten, Randalierer, Hafenstraße, Terroristen, Steinschmeißer - eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit?

**Wir dagegen verstehen unter AUTONOM:**

Menschen, die ihre (politischen) Interessen nicht durch die Parteien vertreten sehen und deshalb versuchen, in Eigeninitiative ihre Vorstellungen darzustellen und zu verwirklichen.

Wir sind nicht hierarchisch organisiert, sondern diskutieren und planen in der Gruppe. Jede(r) trägt Verantwortung für ihr/sein eigenes Handeln sowie für die Sicherheit der anderen, und wir meinen, dies sollte der Grundsatz für

das Leben aller Menschen sein. Unsere Utopie ist ein selbstbestimmtes Leben, in dem die Verantwortung nicht in die Hände einiger weniger abgegeben wird. Wir wollen nicht das Chaos. Wir wollen ein Bewußtsein schaffen, das ein Leben ermöglicht, ohne Herrschende, ohne Ausbeutung, ohne Kriege, ohne Mißachtung der Menschenrechte und der Natur.

**Träumereien?** Vielleicht, aber es ist uns den Versuch wert, auf diese Utopie hinzuarbeiten.

Eine Gesellschaft wie diese, in der Geld und Wirtschaftswachstum wichtiger sind als menschliche Bedürfnisse und Lebensräume, können wir nicht so hinnehmen.

Wir denken, daß wir Probleme behandeln, die auch Sie etwas angehen und würden uns über Ihr Interesse und ihre Solidarität freuen.

Klarstellen möchten wir: wir wollen keine Gewalt. Klar ist aber auch, daß von staatlicher Seite auf unsere Arbeit mit Repression und Kriminalisierung reagiert wird. Dadurch kann es zu tätli-

# Drübbelken

## KNEIPE

## GALERIE

## RESTAURANT



Münsterstraße 5 • 4350 Recklinghausen • Tel.: (0 23 61) 2 34 93

chen Auseinandersetzungen kommen, die wir gern vermeiden würden.

Über diesen, wie auch andere Punkte, gibt es unter uns verschiedene Meinungen, wie das eben so passiert unter selbständig denkenden Menschen.

(...)Wir rechnen ab heute(...) mit einer Räumung des besetzten Hauses in der Engelstraße 59.

Eine massive Pressehetze gegen uns und das Haus kündigt eine bevorstehende Räumung an.

Das Haus sei unbewohnbar, hieß es da, vor allem die "hygienischen Verhältnisse" seien mangels Strom und Wasser nicht haltbar.

Natürlich wird diese Argumentation nur vor die eigentlichen Beweggründe der Stadt vorgeschoben. Sie will den Umbau des Viertels gewährleisten. Und dafür ist der Abriß des besetzten Hauses unbedingt nötig.

Die Innenstadt soll, nach ihren Plänen, nämlich bis zum Bahnhof ausgeweitet werden. Damit dem arrivierten Edel yuppie der Fußweg in das Konsumparadies erspart bleibt, müssen breite Straßen und Parkhäuser her.

**Hierbei diktieren die Kapitalinteressen ganz klar unsere Wohn- und Lebensverhältnisse.**

Zu den Argumenten der Stadt:

Wir wollen dieses Haus renovieren. Das Haus ist noch nicht derart verfallen, daß es nicht möglich wäre, es in einen annehmbaren Zustand zu bringen.

Zudem ist gerade die Stadt für die Mängel am Haus verantwortlich. Denn nur durch den Leerstand des Hauses konnte es verfallen, zumal die Stadt lediglich Strom und Wasser wieder anzuschalten brauchte, um die "Hygiene" zu gewährleisten.

Die Argumentation der Stadt, wir seien keine wohnungslosen Studierenden, stimmt ebenfalls nicht. Da wir keine homogene Gruppe sind, sind sowohl Wohnungslose als auch Studierende an der Besetzung beteiligt. Abgesehen davon, ist diese Argumentation ohnehin recht schräg. Haben nur Studierende das Anrecht auf Wohnraum?

Den Hinweis auf die Notunterkünfte auf dem Ebäko-Gelände empfinden wir als Hohn. Hierbei handelt es sich um Schlafplätze, zu beziehen von 18 Uhr abends bis 9 Uhr früh.

Wir wollen keine Schlafplätze, sondern wir wollen **Wohnraum als kollektiven Lebensraum!!!**

Die Stadt fordert uns auf, das Haus sofort zu räumen.

Wir werden dieser Aufforderung nicht nachkommen. Denn wir empfinden es als unser Recht, leerstehenden Wohnraum bewohnbar zu machen. Häuser gehören in den Besitz derer, die in ihnen wohnen.

Das Haus in der Engelstraße 59 gehört uns!

**Unterstützt uns gegen die Räumung! Kommt massenhaft!!!!**

# KURDISTAN

*Archiv*

Materialien · Pressedokumentation · monatlich

"Wie war das noch mit den Giftgaslieferungen", "Gibt es Fälle in denen abgelehnte Asylbewerber in der Türkei ermordet wurden", "Wo war noch mal dies und wo das".

Im Kurdistan-Archiv ist alles leicht zu finden. Wir werten systematisch die deutschsprachige Presse und einen Teil der englischen aus, dazu kommen Materialien, die nicht immer leicht erhältlich sind. Zu Kurdistan, aber auch zu den Zentralstaaten Irak, Iran, Türkei und Syrien. Eine Erleichterung für alle, die es genau wissen wollen. Jede Ausgabe 80 Seiten A 4, 960 Seiten im Jahr für 45,-DM. Institutionen, Rechtsanwälte und Parteien zahlen das doppelte.

Kurdistan-Archiv im AllerWeltHaus  
Potthofstr.22, 5800 Hagen

# "WELCHE TOTEN DARF MAN EHREN ?"

## KLEINES DUISBURGER LEHRSTÜCK IN SACHEN PRESSEFREIHEIT

Am 18. Juli 1990 verstarb in Malaga/Spanien im Haus seines Sohnes der Duisburger Antifaschist und Widerstandskämpfer Max Miklowait im Alter von 89 Jahren. Die VVN/BdA Duisburg versuchte, durch eine Todesanzeige in der größten Duisburger Tageszeitung, der WAZ, diesen verdienten Antifaschisten zu ehren. Leider mußte die VVN feststellen, daß die WAZ nicht bereit war, diese Anzeige abzdrukken, da angeblich in der WAZ-Gruppe Gedenkanzeigen mit politischen Inhalten nicht toleriert werden, so die erste mündliche Auskunft am 25. Juli 1990.

VVN - Bund der Antifaschisten c/o  
Kreis Duisburg e.V.  
Kreiskasse

Hans Peter Speer  
Bachstr.16  
4100 Duisburg 1

WAZ  
Anzeigenannahme  
Am Buchenbaum 40  
4100 Duisburg 1

Sehr geehrte Damen und Herren

Bitte veröffentlichen Sie in der nächsten erreichbaren Ausgabe der WAZ folgende Sterbeanzeige.

Am 18.07.1990 verstarb in Malaga unser Freund und Kamerad, der Antifaschist, Kommunist und Widerstandskämpfer

### Max Miklowait

Zwölf Jahre faschistischen Terrors, in denen er brutalste Gestapofolter erlitt und elf Jahre im Zuchthaus und im KZ-Sachsenhausen verbrachte, konnten ihn nicht brechen.

Max war Gründungsmitglied der VVN - Bund der Antifaschisten und bis zuletzt aktives Mitglied unserer Kreisorganisation.

Die antifaschistische Bewegung hat einen großen Freund verloren.

VVN Bund der Antifaschisten  
Kreis Duisburg e.V.

Die Rechnung senden Sie bitte an obige Adresse. Für Rückfragen stehe ich Ihnen unter der Telefonnummer 66 43 71 zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Einen zweiten Versuch startete die VVN am 27. Juli. Diesmal wird der Anzeigenauftrag schriftlich erteilt und gleichzeitig die Redaktion angeschrieben. Dabei wird kurz noch einmal der Fall "Heinrich Bauschen" erwähnt.

Zum Verständnis: Heinrich Bauschen war (1925) Gründer der Duisburger Ortsgruppe der NSDAP und ist am 19.10.1929 bei einer von ihm angezielten Schlägerei umgekommen.

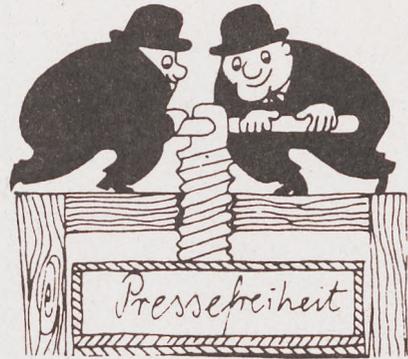
Anläßlich des 60. Todestages des Heinrich Bauschen erschien in der WAZ/NRZ Nr. 246 vom 20.10.89 eine Erinnerungsanzeige auf der Familienseite mit dem Text: "Ewig ist der Toten Tatenruhm". Gezeichnet war die sogar bebilderte Anzeige mit "Kam. Du.". Auf dem abgedruckten Foto war Heinrich Bauschen zu erkennen, der auf dem Foto unverkennbar mit einer SA-Mütze bekleidet war. Wer dahintersteckte, war nicht schwer zu erraten, es war die sogenannte Kameradschaft Duisburg der FAP. Über diesen Vorfall herrschte damals in Duisburg große Empörung, auf unseren Brief an die Redaktion der WAZ in Duisburg antwortete uns die Hauptanzeigenredaktion der WAZ in Essen, daß die Schaltung der Anzeige "...durch Unwissenheit einer jüngeren Mitarbeiterin..." zustande kommen konnte. Sie versicherten uns: "Bitte gehen Sie davon aus, daß wir alles Notwendige tun werden, damit sich ein derartiger Mißgriff nicht wiederholt."

Als Reaktion auf diesen zweiten Versuch erhielt die VVN dann fernmündlich einen unannehmbaren Kompromißvorschlag von der Anzeigenleitung. Man würde die Anzeige mitnehmen, wie man sich ausdrückte, allerdings nicht auf der Familienseite, weil man das der konservativen Leserschaft nicht zumuten wolle, sondern auf der gewerblichen Anzeigenseite. Als wenn man ernsthaft von der VVN erwarten könne, die Totenehrung eines Widerstandskämpfers zwischen Waschmittelwerbung und Kleintransporte zu setzen. Außerdem sollte die Anzeige, die dann ja ein gewerblicher Text sei, deshalb ca. 1150,- DM kosten.

Natürlich hat die VVN/BdA ihren Protest artikuliert und deshalb die demokratische Öffentlichkeit informiert durch Schreiben an Funk und Fernsehen, Gewerkschaften, Parteien und Verbände.

Vom Oberbürgermeister der Stadt, Herrn Krings (SPD), und von seiner Partei, hat die VVN sogar, wenn auch unbefriedigend, Antwort erhalten. Der OB hielt es für notwendig, den Geschäftsführer der WAZ-Zeitungsgruppe anzusprechen und ihm zu versichern, daß er an der Haltung der WAZ nichts Kritikwürdiges finden könne. Allerdings fragt er dann: "...ob man denn wirklich

- überzogen - Bauschen und Miklowait, also gleichsam Täter und Opfer, gleichbehandeln darf."



Dies ist allerdings eine Frage, die sich die VVN auch stellt. Vom OB, der immerhin das Vorwort zu "Tatort Duisburg" (Widerstand und Verfolgung in Duisburg, Klartext-Verlag Essen) geschrieben hat, einem Buch, in dem auch das Leben und Kämpfen des Max Miklowait gewürdigt sind, haben wir nicht diese Fragen, sondern eine klare Antwort erwartet.

Die Reaktion seiner Partei stand an Qualität nicht nach. Herr Ambrosius, Geschäftsführer des SPD Unterbezirks, versichert am 26. August 1990, daß die SPD ebenso wie die VVN empört sei

## ANZEIGE



**AFRO  
LATIN  
MUSIC PUB**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen · A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

über diesen Vorgang, jedoch : "...Weitergehende Möglichkeiten, Einfluß auf die Geschäftspraktiken einer unabhängigen Zeitung auszuüben, haben wir, auch im Interesse unseres demokratischen Staatsgefüges, Gott sei dank nicht."

Die WAZ, die es ihren Lesern nicht zumuten kann, die Sterbeanzeige für einen toten Widerstandskämpfer auf der Familienseite abzudrucken, veröffentlicht auf eben dieser Seite am Samstag, 25. August 1990, die Gedenkanzeige für einen verstorbenen **FAP-Aktivisten** (Stefan Music). Die Anzeige, die mit dem Text : "Ich hatte einen Kameraden, einen besseren findest du nicht ! Er war einer der Besten." versehen war, war gekennzeichnet mit "Kameradschaft Duisburg", also von der bereits erwähnten FAP-Kreisorganisation. Gegenüber unseren Protesten redet man sich heraus, man habe Kameradschaft Duisburg für den Namen eines Motorradclubs gehalten.

Der hier geschilderte Fall setzt nur konsequent die bisherige politische Haltung der Duisburger Redaktion der WAZ fort. In der Vergangenheit konnte man es eigentlich nur durch Zufall schaffen, Hinweise für antifaschistische Veranstaltungen in dem Lokalteil dieser Zeitung unterzubringen. Auch die Berichterstattung über Konfrontationen zwischen Antifaschisten und Neofaschisten setzt stets voll die Totalitarismuskonzeption durch. So stellt der geschilderte Fall auch keinen Einzelfall dar, sondern ist Politik dieser Zeitung. Da man bei Faschisten keine großen Bedenken hat, ob man dies der "konservativen Leserschaft zumuten kann", fragen wir uns schon, ob es dann noch Zufall ist, wenn die FAP diese Zeitung für Propagandazwecke gebrauchen kann, denn in unseren Augen stellen diese "Gedenkanzeigen" nichts anderes als Propaganda dar.

(Georg Heisler, Arbeitskreis "Wehret den Anfängen")

---

## FASCHISMUS IN DORTMUND - TEIL III

Dies ist nun der dritte und letzte Teil des Berichts über die Veranstaltungsreihe "Faschismus in Dortmund". Es wird berichtet über zwei Veranstaltungen zur Rolle der Frauen und der Männer, eine Veranstaltung zum Thema "Neofaschismus" sowie eine abschließende antifaschistische Radrundfahrt. In diesem Zusammenhang wird auch das "Westfälische Landeskrankenhaus" in Dortmund-Aplerbeck erwähnt. Wir werden in den kommenden Ausgaben noch näher auf diese und ähnliche Einrichtungen zu sprechen kommen, da wir bei unserem Gespräch mit Paul Wulf in Münster (siehe auch Interview in dieser Ausgabe) interessantes Material zur Verfügung gestellt bekamen.

### "Die Mütter der Nation" (Nationalsozialistische Frauen)

Mit der Rolle der Frau im Faschismus befaßte sich eine Veranstaltung, die am 8. Mai im "Cafe Corso" stattfand. Die Gebärmaschinen zur Produktion der künftigen Soldaten und Herrenmenschen stellten ein Leitbild für nationalsozialistische Frauen, insbesondere aus den Mittelschichten, dar. Krankenschwestern, Ärztinnen, Lehrerinnen

himmelten häufig Hitler geradezu an und ließen sich mit viel Enthusiasmus für "Frauenarbeiten" wie Uniformnähen organisatorisch einbinden. Emanzipation (die noch zu Kaisers Zeiten und zu Beginn der Weimarer Republik in Deutschland auch bei vielen bürgerlichen Frauen "in" gewesen war) war für diese Frauen offenbar kaum noch erstrebenswert, ihre "Waffe" war vielmehr "der Kochlöffel", wie die Dortmunder Führerin der NS-Frauenschaft,



**Gertrud Scholtz-Klink**, stolz verkündete.

"In stolzer Trauer" mußten später Mütter und Ehefrauen den "Heldentod" ihrer Söhne und Männer ertragen; und da diese nicht umsonst gefallen sein konnten, blieben viele dieser Frauen dem "Führer", der ihnen dieses Leid beschert hatte, treu bis zu dessen Tod.

#### "Gelobt sei, was hart macht" (Faschistische Männer)

Die Veranstaltung zu diesem Thema fand in den Räumen der **Geschichtswerkstatt** am 10. Mai statt.

In Dortmund war es besonders die **SA**, die das Erscheinungsbild **faschistischer Männer** prägte. 1933 fungierte sie eine Zeitlang als Hilfspolizei und steckte ihre Gegner aus manchen Straßenschlachten in "wilde" Lager, um sie dort zu mißhandeln, ehe diese in "ordentliche" Lager der **SS**kamen, die in Dortmund öffentlich weniger in Erscheinung getreten ist; es gab Stadtviertel, in die sich die SA-Leute nur in großen Massen hineintrauen können, so "beliebt" hatten sie sich ge-

macht. Die Polizei, vor 1933 überwiegend sozialdemokratisch orientiert, zeigte unter ihrem neuen Polizeipräsidenten **Schepmann** (dessen spätere Verurteilung wegen seiner Verantwortung im Zusammenhang mit den Rombergpark-Morden zu 9 Monaten Gefängnis nach Entmachtung der Nazis von seinen Anhängern wie ein Sieg gefeiert wurde), daß Gehorsam ihre höchste Tugend (zum Erklimmen der Karriereleiter) war. Insbesondere die **Gestapo** demonstrierte noch kurz vor dem Einmarsch der US-Truppen ihre "Männlichkeit" und brachte rund 200 gefangene Antifaschisten und Zwangsdeportierte, teilweise die Hände mit Stacheldraht gefesselt, im Rombergpark um. Im Strafverfahren nach dem Krieg mußten dafür die unteren Chargen den Kopf hinhalten (die Strafen waren trotzdem vergleichsweise gering), während sich diejenigen, die die Verantwortung dafür trugen, für das Gericht "unsichtbar" gemacht hatten. Die höchste Strafe erhielt jemand, der gar nicht dazugehörte: ein Antifaschist.

#### "Von der Maas bis an die Memel" (Neofaschismus in Dortmund)

Um die Rolle der Neofaschisten ging es bei der letzten Veranstaltung, die am 15. Mai im Literaturcafe "**Taranta Babu**" stattfand und am besten besucht war.

Die Diskussion selbst verlief auf einer "hochphilosophischen" Ebene und soll hier nicht weiter beschrieben werden. Auch auf die Nachkriegsbetätigung der verschiedenen Nazigruppen in Dortmund, beginnend etwa bei der bereits 1952 verbotenen **SAP** bis heute zur **Borussenfront** und **FAP** sowie deren "Großtaten" bei der Verfolgung ausländischer MitbürgerInnen wird in anderen Zusammenhängen immer wieder die Rede sein.

In Dortmund hat sich nach Ablösung des Polizeipräsidenten **Manner** und mit der "Entflechtungstaktik" des jetzigen Polizeipräsidenten **Schulz** die Lage etwas entspannt. Zumindest im Hinblick auf strafrechtlich zu ahndendes Verhalten von Neonazis.

An einem Vergleich der Parteiprogramme von NSDAP, FAP und REPs wurden von den Referenten Kontinuität und Unterschiede zwischen alten und neuen

Nazis herausgearbeitet - die Zitate mögen für sich sprechen und können zugleich die Nähe von Vorstellungen anderer politischer Gruppierungen, die hier nicht genannt sind, zu faschistischem Gedanken "gut" aufzeigen helfen.

### Zur deutschen Einheit

"Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker in einem Groß-Deutschland."

(Programm der NSDAP)

"Wir werden die Wiedervereinigung des

Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

(NSDAP)

"Die Bundesrepublik Deutschland als eines der dichtbesiedelsten Länder Europas ist kein Einwanderungsland. Es muß ein Land der Deutschen bleiben. Ausländer sind Gäste."

(REP)

"Deutschland muß die Heimat der Deutschen sein und bleiben. Es kann kein Einwanderungsland für fremde



Gautag 1930 in Dortmund. Vorbeimarsch der SA vor der Westfalenhalle.

deutschen Volkes in staatlicher und nationaler Einheit aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker...ohne weiteren Aufschub in Angriff nehmen."

(Grundsätze der REP)

"Wir bestehen auf dem Recht der Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk. Das heißt aber, daß jede deutsche Regierung...Selbstbestimmung nach der Siedlung von 1918 fordern muß."

(Aktionsprogramm der FAP)

### Deutsche und Ausländer

"Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen. Wenn es nicht möglich ist, die

Völker sein, denn die Deutschen haben, zumal heute, relativ am wenigsten Platz von allen großen Völkern. Daher...Rückführung der Fremdarbeiter in ihre Heimat."

(FAP)

### Volksgemeinschaft

"Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller sein."

(NSDAP)

"Zu Recht und Ordnung gehört..., daß die Staatsräson und Gemeinwohl Vorrang vor Parteiräson und Gruppeninteressen haben"

(REP)

"Wir wollen nicht den verbrecherischen

Klassenstaat, sondern echte Volksgemeinschaft, in der jeder etwas vom Kuchen bekommt."

(FAP)

### Rolle der Frau

"Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes,...durch Herbeiführung der kör-



perlichen Ertüchtigung."

(NSDAP)

"Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen...(als) erfüllbare Berufung der Frau..., ihrer naturgegebenen Fähigkeit als Mutter und Mittelpunkt der Familie."

(REP)

"(Die deutsche Mutter) ist in erster Linie die Garantie für die beste Erziehung einer Jugend.(...) Die Erziehung der Jugend (ist) eine der wichtigsten Aufgaben des Staates."

(FAP).

### Radrundfahrt: Faschismus in Dortmund

Die Fahrradrundfahrt (am 13. Mai) diente dem Zweck, durch Kontakt mit Orten des Geschehens einigem von dem, was in den Diskussionsveranstal-

tungen zur Sprache gekommen war, mehr Anschaulichkeit zu verleihen. Sie begann auf dem Alten Markt (mit Blick auf das Albert-Vögler-Haus), ging über die Silberstraße (wo die NS-Frauenschaft ein Haus besessen hatte) am Schwanenwall vorbei (dort hatte die SA ihr erstes Heim und ihr Stammlokal) durch die Arndtstraße (wo die Hitlerjugend ansässig war) und Prinz-Friedrich-Karl-Straße (Niederlassung des NS-Lehrerbundes und später - nach der Niederschlagung des "Röhm-Putsches", d.h. der Säuberung der SA von Kräften, die auch noch sozialistische Vorstellungen verwirklicht sehen wollten, durch Ermordung ihrer Führer - der vornehm gewordenen SA-Gruppe) an der B 1 vorbei: In den Kasernen, die heute im Besitz der britischen Rheinarmee sind, saß seinerzeit die kasernierte Polizei; in einem Wahllokal in der Nähe hatte das offensichtlich Spuren besonderer Art "gezeitigt": Waren dort vor 1933 rund 60% der abgegebenen Stimmen der SPD zugute gekommen, so ergab sich bei den letzten "freien" Wahlen ein ähnlich hoher Betrag an NSDAP-Stimmen. Vorauseilender Gehorsam?

Die einzelnen Stationen nachzuzeichnen, würde hier zu viel Platz wegnehmen. Ich beschränke mich daher auf die vorletzte "Station": das **Westfälische Landeskrankenhaus in Aplerbeck**. Dort weist inzwischen - nach entsprechender Veröffentlichung durch den Haushistoriker des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (Tebbe) - eine Stelltafel (dezent auf einer Wiese angebracht, so daß man sie von größerer Distanz für ein Hinweisschild, den Rasen nicht zu betreten, halten könnte) darauf hin, daß in einem dieser Krankenhäuser während der Nazizeit zahlreiche geistig behinderte Kinder umgebracht worden sind. Sie wurden von Ärzten, die ihrem hippokratischen Eid, Leben zu schützen, besonders treu ergeben waren, "abgespritzt" (Jargon der betroffenen Kinder), d.h. ihnen wurde ein "Medikament" injiziert, das ihnen einen "schönen Tod" (Eu-Thanasie) bescherte, besonders schön für die Täter, denn er erlaubte es, die Fremdeinwirkung bei der Totenscheinausstellung "sauber" zu vertuschen. Das Benehmen des "Pflegepersonals" war für die späteren Opfer häufig schon ein Vorgeschmack auf das,

was sie erwartete...

Die Sache liegt inzwischen - was ihre strafrechtliche Seite anbelangt - ebenfalls in sauberen Händen, beim Dortmunder Oberstaatsanwalt **Klaus Schacht**, der sich bereits hinlänglich in anderen einschlägigen Verfahren durch besondere Behutsamkeit und Bedachtheit auf Wahrung des Datenschutzes bewährt hat, eines Schutzes, der den Opfern und ihren hinterbliebenen Angehörigen meist wenig, den Tätern dafür aber um so mehr nutzt. Das muß aber nicht das letzte Wort in der Sache bleiben...

Angesichts der sich in jüngster Zeit mehrenden Versuche, der "tödlichen Ethik" eines Professor **Peter Singer** (siehe auch Bericht der letzten AntifaZ-Ausgabe) und seiner deutschen Verehrer (Neubelebung der Gedanken von "Eugenik" zur Züchtung besonders tüchtiger bzw. für die Wirtschaft tauglicher Menschen) in der Öffentlichkeit Akzeptanz zu verleihen, verdient die schonungslose Aufdeckung solcher, auf die "Gesundheit" des Volkes gerichteter Aktivitäten besondere Aufmerksamkeit, um zu verhindern, daß sie uns eines Tages unversehens als ein "Aktivposten" der Nazizeit wie die berühmt-berüchtigten Reichsautobahnen - präsentiert werden...

Nicht unerwähnt bleiben sollte die **letzte Station**: die "**Panzerschmiede**" auf dem Gelände der damaligen **Hüttenwerk Hörde AG** (heute: **Hoesch Stahl AG**, Werk **Phönix**) in Dortmund-Hörde. Zur Belieferung von Dortmunder Betrieben mit Zwangsarbeitern sei folgende Auflistung nachgetragen (entnommen dem inzwischen im Verlag 2001 erschienenen Buch "**Das nationalsozialistische Lagersystem**", herausgegeben von Martin Weinmann):

**Brechten**, Kreis Lünen (Britische Zone)

**Zwangsarbeitslager:**

"Disziplinlager der OT (= Organisation Todt) für Arbeitsunwillige", Evinger Str. 600:

**100 Personen.**

Arbeit an der Autobahn. Zeit der Errichtung und Schließung nicht angegeben. Keine Löhne für geleistete Arbeit gezahlt.

**Quelle:** BNTB (= Belgisches Nationales Suchdienstbüro).

**Dortmund**, Stadt (Britische Zone)

**Außenkommando des KZ Buchenwald, Frauengefängnis:**

Dortmund-Hörder Hüttenverein AG, Geschoßfabrik, Rheinische Straße 173, errichtet am 2.10.44:

**300 Frauen,**

größte Stärke dieses Kommandos am 22.3.45:

**650 Frauen.**

In den letzten Tagen des März 45 wurden sie überführt ins KZ Bergen-Belsen.

**Quelle:** Rechnungen, Tagesstärkenberichte.

**Zivilarbeitslager:**

Hüttenwerk Hörde AG, Dortmund-Hörde:

a) Lager Dortmund-Hörde, Hermannstr. 138a:

**950 Personen**

b) Lager Heidekrug, Dortmund-Wellinghofen:

**280 Personen**

c) Lager Steinerne Brücke:

**250 Personen**

d) Lager Glückaufsegen, Dortmund-Hacheney:

**230 Personen**

e) Lager Frieg, Dortmund-Berghofen:

**120 Personen**

f) Lager Willberg, Dortmund-Schüren:

**110 Personen**

g) Lager Wienhold, Dortmund-Benninghofen:

**110 Personen**

h) Lager Weiße Taube, Dortmund-Kirchhörde:

**90 Personen**

i) Lager Steinweg, Dortmund-Benninghofen:

**80 Personen**

k) Lager Setze, Dortmund-Aplerbeck:

**80 Personen**

Holstein & Kappert, Barackenlager, Dortmund-Wambel:

**142 Personen**

Schüchtermann & Kremer-Baum AG:

**461 Personen**

Wagners Co., Dortmund-Barop:

**325 Personen**

Gelsenkirchener Bergwerks AG:

Lager Bergmannsheim, Dortmund-Mengede;

Hallenlager Hausemann;

Kraftwerk, Dortmund-Mengede:

**zusammen 300 Personen**

Dortmunder Union, Brückenbau AG  
Lager Zivillager I: Landwehrstr. 103  
Ostarbeiterlager Landweherschule;  
zwei Kriegsgefangenen-Arbeitskolonnen:

**zusammen 2220 Personen**

Hoesch AG, Maschinenfabrik Deutschland:

**2920 Personen**

Gelsenkirchener Bergwerks AG:

**1000 Personen**

Vereinigte Aluminiumwerke AG,  
Dortmund-Lünen-Lippolthausen:

**650 Personen**

Märkische Steinkohलगewerkschaft,  
Lünen:

**2340 Personen**

Harpener Bergbau AG:

**130 Personen**

Zeche Hansa:

**2000 Personen**

**Quelle:** Arbeitsamt Dortmund

**Kurze Erklärung der Lagerbezeichnungen:**

**Zwangsarbeitslager:**

Auch als Arbeitserziehungslager bezeichnet, die "ausschließlich zur Aufnahme von Arbeitsverweigerern und arbeitsunlustigen Elementen, deren Verhalten einer Arbeitssabotage gleichkommt, bestimmt" seien und einen "Erziehungszweck" verfolgten und keine "Strafmaßnahme" darstellten. Sie wurden auf Reichskosten errichtet und waren dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) (seit 1936 Zentralstelle von Kriminalpolizei und Gestapo) unterstellt. Häftlinge waren vor allem Ausländer, die sich der "Dienstverpflichtung" widersetzt hatten oder sich des "Arbeitsvertragsbruchs" schuldig ge-

macht hatten (beispielsweise, indem sie ihre Verträge als Fremdarbeiter nicht verlängern wollten). Gelegentlich fielen auch Reichsdeutsche und sogar Juden unter diese Kategorie.

**Außenkommando:**

Vom Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) (Wirtschaftsressort der SS-Führung) auch als Arbeitslager oder SS-Arbeitslager bezeichnet. Die SS beschäftigte Häftlinge der von ihr verwalteten Konzentrationslager auch zum Arbeiten außerhalb derselben in SS-eigenen Unternehmen oder vermietete sie an andere Unternehmen.

**Zivilarbeitslager:**

Sammelkategorie hauptsächlich für "Zivilarbeiter", die in der überwiegenden Mehrzahl ausländische ZwangsarbeiterInnen waren. Anders als die Konzentrationslager lagen die Zivilarbeitslager im Wahrnehmungsfeld der Bevölkerung. Zur Normalität des hierarchisierten Alltags der Lebensverhältnisse dieser Lagerinsassen gehörte, daß "Fremdvölkische" am Arbeitsplatz zusammenbrachen, weil ihre Nahrungsmittelzuteilungen unter das Existenzminimum gesenkt worden waren; zu den Selbstverständlichkeiten gehörte auch, daß bei Luftangriffen den "Ausländischen" der Zugang zu den Luftschutzkellern verwehrt war. Diese waren für Deutsche reserviert.

**Schlußbemerkung:**

Wer mehr über die Geschichtswerkstatt Dortmund erfahren oder bei ihrer Arbeit mitmachen möchte oder wer Dokumente hat, die er gern dem Archiv der Geschichtswerkstatt zur Verfügung stellen möchte (Flugblätter, Stadtteil- oder Betriebszeitungen, etc.), sei an deren Telefonnummer verwiesen:

0231/412242 - oder

0231/482090.

(Klaus Dillmann)

## GESUNDHEIT UNTER DEM HAKENKREUZ

Tabuisierte Vergangenheit —  
ungebrochene Tradition?

**AUFRUF  
ZUM VOLKSTRAUERTAG 1990**

Veranstaltungen und Kundgebung

## KUNDGEBUNG zum Volkstrauertag

So **18.** November um 11<sup>00</sup>Uhr,  
Machensplatz am Kriegerdenkmal vor dem  
Sozialamt  
anschließend:  
Bericht der Arbeitsgruppe Medizin im  
Faschismus zum Gelsenkirchener  
Gesundheitswesen in der Zeit des  
Nationalsozialismus  
Gespräch mit VertreterInnen von Anti-  
Euthanasie-Gruppen im Ini-Zentrum  
Weberstr. 79, GE  
(Für Essen und Trinken ist gesorgt!!!)

# 13. ANTIFA-LANDESKONFERENZ

## NRW IN DETMOLD

Am 15. September fand in Detmold die 13. landesweite Antifa-Konferenz NRW statt. Auch die Tatsache, daß Detmold ein wenig "weit draußen" liegt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Antifa-Bewegung in NRW zur Zeit und noch immer in einer Krise sich befindet.

Gut 100 Menschen waren anwesend. Die Konferenz hatte sich zum Ziel gesetzt, das Schwerpunktthema **Nationalismus** und **Folgen der DDR-Annexion für antifaschistische Politik** zu diskutieren. Eine Arbeitsgruppe arbeitete einen antifaschistischen Forderungskatalog aus.

Angenommen wurde eine Resolution gegen rassistische Hetze und für das Bleibe-recht für Roma sowie ein offener Brief an den DPWV beschlossen, in dem erneut der Ausschluß der dort angeschlossenen völkisch-rassistischen Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." verlangt wurde.

Die Landeskonzferenz begrüßte die Teilnahme zweier Juso-Landesvorstandsmitglieder und beauftragte den Landeskoordinationsausschuß, erneut das Gespräch mit dem Juso-Landesverband zu führen, um Möglichkeiten der weiteren offiziellen Teilnahme der Jusos zu erörtern.

Wir dokumentieren im Anschluß den Brief des Juso-Landesvorstandes an die Detmolder Konferenz.

Anzeige

**SONNENBLUME**  
Groß & Reuter  
SPRINGSTR. 2  
RECKLINGHAUSEN  
02361/13 927



- \* Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau  
täglich frisch: Obst und Gemüse  
Brot  
Milchprodukte
- \* Naturkosmetik
- \* Linn-Naturschuhe
- \* Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

## BRIEF DER JUSOS

### AN DIE ANTIFA-LANDESKONFERENZ

Der 13. landesweiten Antifa-Konferenz in Detmold ging ein Schreiben der Juso-Landesvorsitzenden Hajo Schneider und Sylvia Rosendahl zu, das wir im folgenden in Auszügen dokumentieren.

Die für den Umbruchprozeß im linken Spektrum wesentlichen konkret-historischen Bedingungen sind geprägt 1. vom Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften stalinistischen Typs, 2. vom Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten und 3. von den Individualisierungsschüben in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, die sich teilweise im Rechtsextremismus niederschlagen. Daraus ergeben sich naturgemäß gravierende Konsequenzen für alle linken Parteien und Organisationen. Diese entfalten sich im sozialdemokratischen Spektrum teilweise in der Anpassung an die Verhältnisse (z.B. Absingen des Deutschlandliedes im Bundestag, Eintritt in die Große Koalition vonseiten der DDR-SPD), aber teilweise auch in einer adäquaten Verarbeitung und Einstellung auf die Veränderungen. Wesentliche Kriterien, wo Anpassung und wo Verarbeitung vorliegt, sind für mich Wille und Konzept zur **Gestaltung** der gesellschaftlichen Verhältnisse. D.h. beispielsweise für den Vereinigungsprozeß BRD/DDR, die Erhaltung sozialistischer oder sozialstaatlicher Elemente durchzusetzen, für spürbare Kürzungen im Rüstungshaushalt und eine höhere Unternehmensbesteuerung einzutreten, um die Finanzierung zu sichern etc.

**Wir Jusos** sind und bleiben **sozialistischer Richtungsverband in der SPD**. Wir ziehen aus den Umbruchprozessen die Konsequenz, Kapitalismuskritik noch stärker mit sozialen und ökologischen **Reformforderungen** zu verknüpfen, die hier und heute umsetzungsfähig sind, also innerhalb

der kapitalistischen Gesellschaftsformation alle noch vorhandenen zivilisatorischen Potentiale zu erschließen. Gleichzeitig geht es uns darum, ein Projekt, eine Vorstellung des **modernen und demokratischen Sozialismus** zu entwickeln. Konkret manifestiert sich unser gestalterischer Ansatz:

1. in der Deutschlandpolitik, indem wir im Gegensatz zur **Radikalen Linken** die Vereinigung nicht ablehnen, sondern deren Unumgänglichkeit konstatieren und darauf aufbauend Forderungen für die Ausgestaltung der Einheit entwickeln, z.B. was die Frauenrechte betrifft, § 218, aber auch Eigentumsverhältnisse etc.;

2. in der Europapolitik: Wir befürworten die europäische Integration (schließlich ist die ArbeiterInnenbewegung schon immer für die Überwindung der Nationalstaaten eingetreten).

Im Aufruf zur Demo am 5. Mai hatten wir uns damit nicht durchsetzen können, sondern hier findet sich die ablehnende Einschätzung der Antifa-Aktion Düsseldorf, die von einem unvermeidlichen "Europa der Konzerne" ausgeht, das auf "Rassenhaß und Nationalismus" aufbaue. Wir betonen eher die Chancen, genau das zu überwinden, z.B. durch friedenspolitische Initiativen, insbes. was eine Einbeziehung der Sowjetunion in das "Gemeinsame Haus Europa" angeht. Wir fordern ökologische Vereinbarungen und wirkungsvollere Initiativen zur Stärkung von ArbeitnehmerInnenrechten (Sozialcharta).

Vor allem streben wir eine bessere Kooperation der ArbeiterInnenbewegung, sowohl ihres gewerkschaftlichen als

auch ihres sozialdemokratischen/sozialistischen/eurokommunistischen Zweiges, an;

3. in unserer parlamentarischen Orientierung auf Rot-Grün, während das rot-grüne Projekt z.B. im Manifest der **Radikalen Linken**, das in der Konkret 11/1989 veröffentlicht wurde, als "rosa-grüne Besoffenheit" denunziert wird;

4. was den Antifaschismus im engeren Sinne angeht: Wir halten außer bei FAP, NF, etc nichts von Verboten (auch die Forderung nach Nichtzulassung zu Wahlen ist im Falle der REPs nicht unsere Position, sondern ein Kompromiß). Wir meinen, daß den REPs neben der öffentlichen Aufklärung über ihre Ziele und der politischen Isolierung in Parlamenten und Medien vor allem mit Maßnahmen zur Lösung sozialer Probleme, aber auch durch die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche incl. der Beteiligung unserer ausländischen MitbürgerInnen der Boden entzogen werden muß. (Daß die CDU durch ihr Deutschlandgesülze REP-Wähler zurückgeholt hat, hat mit dem, was ich meine, nichts zu tun, da es sich um kurzlebige, rein propagandistische "Erfolge" handelt, die die Denkschemata der Menschen nicht verändern, sondern eher bestärken.)

Insofern gibt es im Juso-Vorstand auch schon Kritik am Begriff "Antifaschis-

mus", da wir meinen, daß nur über die Definition positiver politischer Forderungen und Ziele und nicht durch das "Anti" Menschen überzeugt werden können.

Im übrigen sind wir auch nicht der Meinung, daß relevante Teile der westdeutschen Unternehmerschaft bewußt den Rechtsextremismus forcieren, sondern daß es sich eher um ein Hegemonieproblem des bürgerlichen Lagers bei der Umsetzung ihrer Zwei-Drittel-Gesellschaft handelt.(...)

Wir Jusos sind im Hinblick auf eine weitere Zusammenarbeit im Antifa-Bündnis NRW also folgender Meinung:

1. Wenn auch die inhaltlichen Positionen der verschiedenen Gruppierungen, die tendenziell zur **Radikalen Linken** zu zählen sind, an einigen Punkten heterogen sein mögen, so wird doch die entscheidende Frage der Politik, nämlich die Frage der **Gestaltung** der Verhältnisse, von allen negativ beantwortet. Stattdessen wähnt man sich im **Widerstand gegen den heraufziehenden Faschismus**. So wird Antifaschismus zum Ritual der Vergewisserung der eigenen Realitätswahrnehmung, weil die real existierenden Faschisten die Bedrohung jeweils zu bestätigen scheinen. So werden außerdem Sozialdemokraten und Realo-Grüne zu "Lieblingsfeinden" erklärt, die es immer wieder zu entlarven gilt, wird ihre

## ANZEIGE



**BUCHLADEN**  
**TARANTA-BABU**

Humboldtstraße 44 · 4600 Dortmund 1  
Telefon (02 31) 14 16 89

Politik in Bausch und Bogen als Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse verdammt, wenn nicht sogar für faschistoid erklärt, weil die "Realpolitiker" vielleicht in unangenehmer Weise die Perspektivlosigkeit der eigenen Politik vor Augen führen?

2. Wir Jusos teilen nicht die Einstellung, die u.a. in unserer Partei Raum greift, daß die Gefahr vorüber sei, weil die REPs wieder unter 5% liegen. Uns geht es um eine grundlegende Beseitigung rechtsextremer Bewußtseinsinhalte von der Wurzel her, was die **Demokratiefrage** in den Mittelpunkt rückt. Selbstverständlich ist eine Politik für die umfassende Demokratisierung unserer Gesellschaft vom Zielpunkt her objektiv antikapitalistisch. Eine ganz andere Frage ist jedoch, ob der antikapitalistische Charakter im Selbstverständnis der an einer solchen Politik beteiligten Verbände oder Initiativen enthalten sein muß, wir meinen nein.(...)

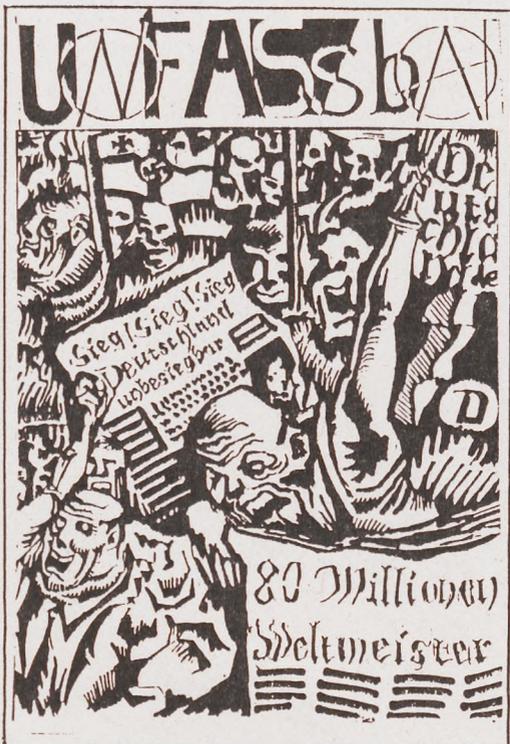
3. Unser Ziel ist die **wirksame Bekämpfung** rechtsextremer Orientierungsmuster, Ideologien und Organsa-

tionen. So werden wir versuchen, den Landesjugendring (BDKJ, Sportjugend, DGB-Jugend, evangelische Jugend, SJD-Die Falken, Pfadfinder, Jugendrotkreuz, Naturfreundejugend etc.) sowie allgemein Gewerkschaften, Kirchen, AusländerInnenvereine etc. für gemeinsame antifaschistische Arbeit zu gewinnen, um so mit wirklichen Massenorganisationen auch Massen zu erreichen und gegen Rechtsextremismus zu immunisieren.(...)

Das heißt für uns Jusos, daß wir lokal, da, wo es sinnvoll erscheint, weiter in Antifa-Initiativen arbeiten und diese, wo es bisher nicht der Fall ist, öffnen wollen für die gesellschaftlichen Großorganisationen.

4. Wir schließen auch für die Zukunft die Zusammenarbeit mit den an der jetzigen Landeskoordinierung beteiligten Organisationen und Einzelpersonen nicht aus, sobald eine gemeinsame **inhaltliche Grundlage** vorhanden sein sollte.(...)

(Silvia ROSENDAHL, stv. Juso-Landesvorsitzende NRW)



UNFASSBA Nr.4 ist da!

Themen: Wir kotzen auf Deutschland, Wahlboykott!, Knastrevolte in Straubing, Zum Wohlsein: Anarchie!, Häuserkampf in Bullin & Hangover, Eifersucht: Ursachen und mögliche Heilung, Gott hat sich erschossen, BekennAbrief zum Selbarmachn, Antifa,...

Bestellen bei: Unwälzzentrum, Schamhorststr. 57, D-4400 Münster.

Preis: 3,50 DM in Briefmarken, Jahresabo: 10 Mack-Schein. WiederverkäuferInnen: 5 Stk: 10 Piepen. Nur bar & im voraus. Knastexemplare frei.

## INTERVIEW MIT PAUL WULF AUS MÜNSTER

Am 8. November sprachen Mitglieder der AntifaZ-Redaktion in Münster mit Paul WULF, der in Münster und weit darüber hinaus vielen AntifaschistInnen bekannt ist durch sein Lebensschicksal. Paul, von den Nationalsozialisten wegen angeblichen "angeborenen Schwachsinn" wie viele andere zwangssterilisiert, mußte Jahrzehnte gegen den Nachfolgerstaat, die BRD, kämpfen, um wenigstens eine geringfügige Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht zu erhalten. Sein Schicksal ist einerseits exemplarisch für viele, die unter der Naziverfolgung ihr Leben lang zu leiden hatten, andererseits aber wieder völlig einzigartig. Wir freuen und, daß Paul zu diesem Interview bereit war, obwohl er erst seit wenigen Tagen von schwerer Krankheit genesen war.

**AntifaZ:** Paul, seitdem wir uns als antifaschistische Zeitschrift stärker mit dem Thema Gen- und Euthanasieforschung beschäftigen, wird uns immer stärker die Kontinuität zwischen solcher Forschung im Dritten Reich und den heutigen Forschungsinhalten mancher Professoren deutlich. Wir haben gehört, daß Du unter den Nazis besonders gelitten hast - kannst Du uns ein wenig aus Deinem Lebensweg erzählen?

**Paul Wulf:** Das Leben ist kurz, und dennoch hat sich für mich ein Schicksal angebahnt, das mir einen Lebenslauf bescherte, wie er mir durch meine Familie nicht vorgezeichnet war. Schon als Kind lernte ich ein Leben kennen, das aus den Fugen geraten war. Meine Eltern lernten schon frühzeitig die kapitalistischen Auswüchse kennen. Mein Vater war in den Jahren 1921-1928 im Ruhrbergbau in der Zeche Ernestine in der Kokerei beschäftigt, wo seine Gesundheit angegriffen wurde. In jener "gesegneten" Zeit, in der die Sozialdemokraten das Ruder in den Händen hatten. Die Regierung Severing, die so tat, als ob sie die Interessen der Arbeiter vertreten würde, war schon damals - so möchte ich sagen - der Folterknecht der arbeitenden Bevölkerung. Frühzeitig lernte ich Dinge kennen, die ich damals noch gar nicht verstehen konnte. Mein Vater, der das Leben eines Bergarbeiters satt hatte, wandte sich der Stadt Münster in Westfalen zu. Hier hatte unsere Familie mit vier Kindern ganze zwei kleine Zimmer zur Verfügung. Da dies nicht so weiterging, wurde der Fürsorgeverband in Münster in Anspruch genommen. Ich kam nach Cloppenburg in ein Kinderheim, das St.

Vincent-Heim, das noch heute besteht. Das war 1928. Von meinem siebten Lebensjahr an war mein Leben nur noch der Heimerziehung unterworfen, was mich zu einem anderen Menschen machte. Ich lernte kritisch denken und ließ nicht alles willenlos über mich ergehen.

1932 war ein verheerendes Jahr für mich. Ich wurde, da sich der Kostenträger änderte, in ein Heim nach Westfalen, eine Anstalt für Geisteskranke, verlegt. Daß hier die Rechtsauslegung vom damaligen Landeshauptmann, was mich betrifft, mißbraucht wurde, versteht sich schon daraus, daß nach dem damals gültigen Recht nur solche Kranken asylirt werden durften, die geisteskrank oder schwachsinnig waren. Mit dem Jahr 1935 traten die Nürnberger Gesetze in Kraft, was sich auf die Tätigkeit des Pflegepersonals auswirkte. Die Schwestern des Vincentiner-Ordens wurden von einer Welle der Diskriminierung erfaßt: den Sittlichkeitsprozessen.

1935, es kann auch 1936 gewesen sein, erschien ein berüchtigtes SS-Kommando von Arolsen, das uns Kinder fragte, ob die Schwestern uns sittlich mißbraucht hätten. Aber die Anwesenheit der SS-Banditen war nur von kurzer Dauer, was ich den Ordensschwestern hoch anrechnen muß. Sie sagten nämlich, daß sie hier nichts zu suchen hätten und verwiesen sie des Hauses.

**AntifaZ:** Paul, wie hast Du die "Euthanasie"-Kampagne der Nazis erlebt und überlebt?

**P. Wulf:** Als Vorbote der Euthanasie lief 1936 eine Aktion. Ich kann mich erinnern, daß einige Anstaltsinsassen durch Spritzen umgebracht wurden. Ei-

ner der Verantwortlichen war Dr. Kaldewey, der im Anschluß an diese Aktion die Gehirne der Getöteten zur Untersuchung nach Warstein brachte. Der dortige Arzt, Dr. Petermann, lehnte es jedoch ab, sich an dieser Leichenschändung zu beteiligen. So wußten wir Kinder schon frühzeitig, wohin die Reise ging und daß unser Leben in Gefahr war. Der damalige Anstaltsdirektor Dr. Kaldewey bekam von uns Kindern den Namen "Menschenmetzger". Man setzte uns auch rassistischen Schikanen aus. Eine Kommission von Rasseforschern betrieb Zwillingforschung, welche bei den Nazi-Ärzten hoch im Kurs stand. Unter denen, die uns besuchten, war auch ein Dr. Groß, der die Rassenlehre als oberstes Gesetz der Blüte der Deutschen Nation bezeichnete. Auch ich war mit meiner Schwester dabei.

**AntifaZ:** Wann hast Du gemerkt, daß auch Du in Gefahr warst?

**P. Wulf:** Der entscheidende Monat war der November 1937. Meine Eltern stellten einen Antrag auf Entlassung aus dem St. Johannisstift in Niedermarsberg, was aber ohne ein Erbgesundheitsverfahren nicht möglich war. Im Januar 1938 wurde von dem damaligen Erbgesundheitsgericht in Arnsberg festgestellt, daß ich angeblich schwachsinnig sei. So nahm es seinen Lauf, daß ich im März 1938 im Landeskrankenhaus Paderborn zwangssterilisiert wurde. Ich kann mich noch an den Tag entsinnen, weil es der Tag nach der Okkupation von Österreich war. Mit dem "Sieg Heil, Sieg Heil" bohrte sich das vernichtende Messer in meinen Leib. Durch diesen Eingriff wurde ich später ein eingefleischter Nazi-Gegner. Bis heute kann ich diese Leute nicht als Ärzte bezeichnen, höchstens als Gesundheitsinspektoren oder Rassezüchter.

**AntifaZ:** Und wie ist es Dir danach ergangen?

**P. Wulf:** 1938 kam ich aus der Abgeschlossenheit der Anstalterziehung in die beschützende Werkstatt "Westfalenfleiß". Ich war mit meiner ersten Stelle nicht zufrieden und gab sie zwei Jahre später auf. Durch Fürsprache erhielt ich eine andere Stelle. 1941 arbeitete ich auf dem Fliegerhorst Loddendeide bei Münster und traf dort auf Widerstandskämpfer, die es ernst meinten und eine Gruppe aufzogen, wie Franz Wildemann, Jupp Höhner und viele an-

dere. An dem Tag, an dem Italien kapituliert, war es unsere Aufgabe, dieses kundzutun, was den damaligen Fliegerhorstleiter veranlaßte, mich in sein Büro zu zitieren: was ich für Gerüchte in die Welt setzen würde. Aber es verlief im Sande. Meine Tätigkeit beschränkte sich auch in der folgenden Zeit auf die Weitergabe von Frontnachrichten.

**AntifaZ:** Paul, und wie ist es Dir nach 1945 ergangen, hast Du Entschädigung für das erlittene Unrecht erhalten?

**P. Wulf:** Viel Zeit ist seit 1945 vergangen, seit der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes. Viele für mich grausame Jahre sind vergangen, in denen ich als in der Jugend Verfolgter ohne Rechtsanspruch in diesem Rechtsstaat übergegangen worden bin. Mit sechzehneinhalb Jahren wurde ich sterilisiert. Seit 1949 führte ich gegen diesen Rechtsstaat Prozesse, um meine Ansprüche geltend zu machen. Dabei mußte ich in all diesen Jahren erkennen, daß dieser Rechtsstaat in seinem Rechtsverständnis alles daran setzte, den Kreis der Sterilisationsgeschädigten auszuschließen - sei es durch die Ausrede, auch in anderen Ländern gebe es Sterilisationsgesetze, oder finanzielle

## Was ist Sterilisierung?

-Unfruchtbarmachung-

**Unterbrechung  
Des Samenleiters beim Manne**

oder

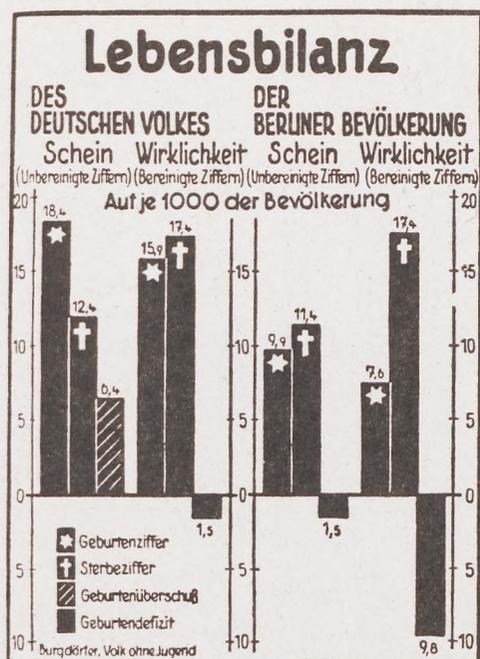
**Der Eileiter bei der Frau  
Durch ärztlichen Eingriff  
ohne Veränderung  
Der Keimdrüsen**

-also der Hoden und Eierstöcke-

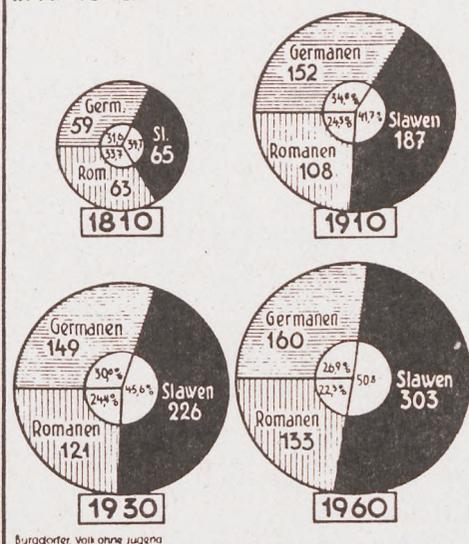
bei

**völliger Erhaltung  
Des Geschlechtsempfindens**





### Die Verlagerung des europäischen Bevölkerungsschwerpunktes in Millionen



F. Burgdörfer in: E. Rüdin (Hrsg.), Erblehre und Rassenhygiene im völkischen Staat. München 1934, S. 58, 67.

Probleme würden eine Entschädigung unmöglich machen.

Aus diesen Gründen begann ich mir Gedanken zu machen, wer die Drahtzieher in unseren Rechtsinstitutionen waren, die eine Entschädigung für diese Opfer verunmöglichten. Die ehemaligen Sonderrichter der Erbgesundheitsgesetze trugen in der Nachkriegsära dazu bei, Nazi-Gesetze für rechtskräftig zu erklären. Sonderbare Vertreter waren in den Gesundheitsdezernaten anzutreffen, die alles daransetzten, die Zwangssterilisierten auszuschließen. So unterstand das Gesundheitsdezernat am Oberfinanzpräsidium Münster einem Amtsrichter a.D., der in Berlin Erbgesundheitsrichter gewesen war. Der verstorbene Arzt Dr. Martini, der früher Leiter der vertrauensärztlichen Stelle der Landesversicherungsanstalt war, bemerkte mir gegenüber, als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß mir eine Entschädigung zustehe: "Solange ich lebe, werden Sie keine Entschädigung bekommen!" Obwohl ich mich emsig bemühte, meine Rechte durchzusetzen, bestand für mich und die übrigen Sterilisationsopfer keine Rechtsgrundlage wie bei den rassistisch und politisch Verfolgten. Ich durchforschte die nationalsozialistischen Akten der Gesundheitsämter im Regierungsbezirk Arnsberg und stellte dabei fest, daß viele, die dieses Rassenregime im me-

dizinischen Bereich im Regierungsbezirk Arnsberg unterstützt hatten, nach dem Krieg maßgebliche Stellen eingenommen hatten.

**AntifaZ:** Wann und wie ist es Dir gelungen, nun doch eine geringfügige Entschädigung zu erhalten?

**P. Wulf:** Erst als vor wenigen Jahren die Bestimmungen geändert wurden, konnte ich eine Entschädigung von ca. 700 DM monatlich erreichen. Das ist aber im Verhältnis zu den langen Jahren des Kampfes ein blanker Hohn.

**AntifaZ:** Paul, wie sieht Dein heutiges Leben aus, wir wissen, daß Du Dich seit Jahren äußerst aktiv politisch betätigst?

**P. Wulf:** Ich habe aus den mir vorliegenden Dokumenten zahlreiche Ausstellungen zusammengestellt, die auf vielen Veranstaltungen, in Schulen und Seminaren gezeigt wurden. Es wurde auch ein Film über mein Leben gedreht und einige Literatur veröffentlicht. Auch heute noch stelle ich meine Ausstellungen und Erfahrungen der antifaschistischen Bewegung zur Verfügung.

**AntifaZ:** Daran sind wir brennend interessiert und hoffen, mit Dir im kommenden Jahr eine Veranstaltung mit Ausstellung zum Thema Genforschung und Euthanasie damals und heute durchführen zu können. Für heute herzlichen Dank für das Interview.

# ROMA IN RECKLINGHAUSEN -

## VERANSTALTUNGEN DER

### "KOLPINGFAMILIE"

Am 24. September und am 15. Oktober setzten sich die Mitglieder der Recklinghäuser "Kolpingfamilie" mit der Situation der Roma in Recklinghausen auseinander. Das ist angesichts der allgemeinen Abschiebekampagne gegenüber den Roma erst einmal grundsetzlich zu begrüßen. Auch die Tatsache, daß der Verband der Katholiken Recklinghausens sich für das Bleiberecht für Roma aussprach, ist sicher zum Teil auf die Initiative der "Kolpingfamilie" zurückzuführen.

Allerdings bleibt ein ungutes Gefühl, wenn man den Verlauf der beiden Veranstaltungen zusammenfaßt. Auch die Referenten der beiden Veranstaltungen, bei der ersten der Recklinghäuser Sozialdezernent Th. Ramhorst (CDU), bei der zweiten die Kölner "Tziganologin" S. Sobeck, hinterließen mehr als bloße Ablehnung. Insbesondere Frau Sobeck erregte die Gemüter, und es ist kein Zufall, daß die Recklinghäuser Roma sich weigerten, an einer Veranstaltung mit ihr teilzunehmen.

Schon die Eröffnung der ersten Veranstaltung durch den Vorsitzenden der Kolpingfamilie, Herrn Bachem, machte die mit Vorurteilen und Unkenntnis befrachtete Herangehensweise der Kolpingfamilie deutlich: Bachem fragte: "Wohin mit diesem ungebremstem Volksstrom" und machte sich damit eine Vorstellung zu eigen, wie sie ähnlich von dem Vertreter der berüchtigten "Bürgerwehr" (siehe frühere AntifaZ-Ausgaben), Herrn Steinharter, vorgetragen wurden. Steinharter verteilte dann auch eine Landkarte Europas, die von den REP stammen dürfte: Hier wurden "bedrohliche Zigeunerströme" in Höhe von mehreren Millionen aus Ost- nach Westeuropa herbeigelen.

Auf dieser ersten Veranstaltung saßen neben Bachem noch der Recklinghäuser Sozialdezernent Ramhorst sowie der Roma-Sprecher M. Jevremovic auf dem Podium. Zudem R. Kauschke für die Roma-AG. Ramhorst befleißigte sich, zum einen eine Sammlung von Fakten über die Situation der Roma an der Strükedestraße aufzuzählen, insbesondere einen "Polizei-Bericht", der

hochnotpeinlich sämtliche "Vergehen" auflistete, die die Roma dort begangen haben sollen. Diese "Polizei"-Linie durchzog seine Ausführungen generell, über eine halbe Stunde beschäftigte er sich allein mit zwei Vorstrafen des Roma-Sprechers, die inzwischen einige Jahre zurückliegen. Die alleinige Hervorhebung der polizeilichen Aspekte hatte einzig die Absicht, die gesamte Gruppe in die Nähe einer kriminellen Vereinigung zu rücken. Hinzu kamen bei Ramhorst subtile Bemerkungen, die auf die "Asozialität" der Roma abzielten und eben diese Vorurteile bei den Besuchern der Veranstaltung verstärkten. Ramhorst sprach über die Roma, es seien "Menschen, die nicht mit Wohnraum umgehen könnten", es seien "Personen, denen es an Sauberkeit mangelte".

Zur augenblicklichen Abschiebepaxis führte er aus, daß die Stadt Recklinghausen beabsichtige, von den ca. 170 hier lebenden Roma ca. 135 abzuschicken, so daß noch etwa 35 Menschen letztlich hier bleiben könnten.

Ärgerlich auch auf dieser Veranstaltung, daß Steinharter, der Chef der Bürgerwehr, erneut lang und breit seine

rassistischen Auslassungen vortragen konnte, wiederholt mußte sich das Publikum seine Klagen anhören: "Wir Deutschen werden von dieser Minderheit terrorisiert und majorisiert" und ähnlich lauteten seine Tiraden.

M. Jevremovic setzte sich im Anschluß an Ramhorst ausführlich mit den Vorwürfen auseinander, und in der anschließenden Diskussion gelang es, unter anderem auch mit hervorgerufen durch einen kenntnisreichen Beitrag des Recklinghäuser Pfarrers Kriegsmann, bei dem überwiegenden Teil der Anwesenden eine positive Grundeinstellung zu den Roma zu erreichen.

Etwas weniger erfolgreich war dann die zweite Veranstaltung, die über die "Sitten und Gebräuche der Roma" Auskunft geben sollte. Schon das Thema deutete an, daß hier wenig über die heute reale Kultur der Roma zu erfahren sein werde, sondern stattdessen ein romantisierendes "Zigeuner"-Bild gezeichnet werden würde, das aus früheren Jahrhunderten stammt.

Auch der Name der Referentin, Frau Silvia **Sobeck** aus Köln ließ dies erwarten.

vor. Frau Sobeck leugnete zuerst frech, Arnoldt überhaupt zu kennen, gab dann später zu, ihn "einmal auf einem Vortrag" sprechen gehört zu haben. Zudem stritt sie ab, Verfasserin eines Artikels an den Ev. Kirchentag von 1975 zu sein, obwohl ihre Urheberschaft dokumentiert wurde.

Das erschwerte selbstverständlich eine sachliche Diskussion, die Absicht des Veranstalters lag aber eindeutig auf der Hand: Die Kritik an Frau Sobeck sollte nicht zur Diskussion stehen, auf dieser Linie lag auch, daß er den "offenen Brief" der Roma-AG an die Veranstaltung "selbstverständlich nicht" vorlas. Mehr als ärgerlich auch die Reaktion der "Recklinghäuser Zeitung": Obwohl ihr der "offene Brief" einige Tage vor der Veranstaltung vorlag, hielt sie es nicht für angebracht, inhaltlich über die Gründe zu informieren, warum die Roma eine Teilnahme an der Veranstaltung ablehnten. Ebenso war in der Berichterstattung über die Veranstaltung nur von "persönlichen Angriffen auf die Referentin" die Rede. Die billige Absicht dieser Berichterstattung: Die Unterstützungsarbeit für die Roma in



Menschen, die seit Jahren in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind, ist Frau Sobeck bekannt. Wegen ihrer offenkundigen Nähe zu Vertretern eines offen rassistischen "Zigeuner"-Bildes, insbesondere zu dem "Tziganologen" Hermann **Arnold** (siehe auch Erläuterungen an anderer Stelle), lehnen seit Jahren alle Roma-Verbände und Flüchtlingsorganisationen jegliche Zusammenarbeit mit Frau Sobeck ab.

Der Antifaschistische Bund in Recklinghausen legte diese Kritik auf der Veranstaltung in detaillierter Form

Recklinghausen sollte diskreditiert werden, der sturen Abschiebe-Haltung der Stadt Recklinghausen Schützenhilfe geleistet werden. So war es auch nur konsequent, daß eine Stellungnahme des AFB zu dieser Veranstaltung mal wieder in den Papierkorb landete. Immerhin wurde auf dieser zweiten Veranstaltung erreicht, daß noch eine dritte Runde durchgeführt wurde. Das Interesse der Kolpingfamilie war jedoch inzwischen weitgehend erloschen: nur noch wenige Leute kamen zu diesem abschließenden Gespräch, bei dem der

AWO-Sozialarbeiter in der Strünkede-straße, Jochen Giese, ausführlich über deren tatsächliche Lage berichtete.

**Fazit: Insgesamt war die Initiative der Kolpingfamilie begrüßenswert, auch gibt es inzwischen einige mehr, die nicht mehr voller Vorurteile gegenüber den Roma sind. Dennoch wird in Recklinghausen nach wie vor ein Klima der Ablehnung und Ausgrenzung geschürt, an dem sich vor allem CDU und SPD in trauter Gemeinsamkeit mit der Bürgerwehr beteiligen.**

**Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der ERKLÄRUNG DER ROMA-AG RECKLINGHAUSEN:**

(...) Obwohl Frau Sobeck sich auf ihre Weise in manchen Fällen engagiert für die Belange der Sinti und Roma eingesetzt hat, erscheint es uns problematisch, daß gerade sie zu dem oben genannten Thema referieren soll. Frau Sobeck wird von den in der Bundesrepublik bestehenden Sinti- und Roma-Verbänden unter anderem wegen biologistischer Äußerungen über das sog. "Wesen der Zigeuner" abgelehnt. Für den **Evangelischen Kirchentag** verfaßte Frau Sobeck 1975 einen Aufsatz mit dem Titel: "Wie sind Zigeuner?". Darin finden sich Äußerungen wie "Zigeuner" sind "einem mythischen Weltbild verhaftet". "Ihre Denkvorgänge gleichen eher Impulsen aus Gemüt und Gefühl". Sie können "nicht logisch, rational oder spekulativ schlußfolgern" und "nicht ichhaft denken, fühlen, wollen oder handeln". "Vom Wesen her", so Sobeck, sind "Zigeuner" "wie Kinder konstruiert".

Die zuletzt zitierte Äußerung findet ihre Parallele in der von dem vermeintlichen "Zigeunerexperten" Hermann Arnold vertretenen These, daß "Zigeuner" "auf einer Kindheitsstufe der Menschheit" stehen (zitiert nach: A. Franz, R. Rose, R. Brantner: "Zigeunerseelsorge" und Rassenideologie. In: "pogrom" Nr. 80/81, Göttingen 1981, S. 169). Arnold und Sobeck gehörten bis 1976 dem "Beirat für Zigeunerfragen" beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit an. Ab 1976 setzte der "Beirat für Zigeunerfragen" seine Tätigkeit als "Arbeitsgruppe Landfahrer" inner-

halb des "Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge" fort. Arnold, mit dem Sobeck in den genannten Gremien arbeitete, tat sich in der 50er, 60er und 70er Jahren durch "bevölkerungsbiologische Beobachtungen" hervor, in denen er z.B. vom "urtümlich primitiven Wesenszug" bei "Zigeunern", ihrem "Rassentyp" und von "Schwachsinnanlagen" sprach, die in einer "Fortpflanzungsgemeinschaft von Nomaden angereichert" würden. (zitiert nach: R. Rose: Bürgerrechte für Sinti und Roma. Heidelberg 1987, S. 117f.). (...) In seinen Veröffentlichungen stützt Arnold sich unter anderen auf die "Erkenntnisse" eines gewissen **Robert Ritter**. Dieser war Leiter des 1936 in

Ausschnitt aus dem Heft von Silvia Sobeck zum  
16. Deutschen Evangelischen Kirchentag 1975, S. 5

- Wie sind 'Zigeuner' ? -

Auch heute noch in einem mythischen Weltbild verhaftet, messen Zigeuner allen Naturkräften große Bedeutung bei und beziehen Naturereignisse in ihr Lebensbewußtsein ein. Ja, sie sind nicht nur von ihnen wesentlich geprägt und abhängig, sondern bedürfen geradezu der f ü h l b a r e n Natur. Bei seelischen Erlebnissen sind sie zutiefst auf natürliche Zeichensymbolik hin orientiert, wie etwa im Augenblick des Glücks auf das Vorhandensein des Mondes und vieler Sterne. - Ihre Denkvorgänge gleichen eher Impulsen aus Gemüt und Gefühl, so daß sie die Lebensabläufe total emotional in sich erfahren. Weil sie nicht logisch, rational oder spekulativ schlußfolgern können, sind ihre Erlebnisse mit dem Leben schlechthin und ihre Erfahrungen mit den Dingen, Umständen und Gesetzmäßigkeiten innerhalb des Lebens existenziell und 'gründlich' begriffen, bleiben unauslöschlich gegenwärtig und lassen sich kaum mit neuen und abweichenden Eindrücken austauschen oder ergänzen und erweitern; sie bleiben ein für alle mal 'lebhaft' im wahrensten Sinne des Wortes. -

Eine zweite Eigenart ist, daß Zigeuner nicht ichhaft denken, fühlen, wollen oder handeln, sondern kollektivbewußt sind. Sie differenzieren in ihrer Persönlichkeitsstruktur nicht zwischen dem 'Ich' und dem 'Wir'; denn sie erleben das Dasein überhaupt nur als 'Wirsein'. - Hier wird schon im Willensansatz Individualisierung, Selbstbewußtheit des Einzelnen, Eigenwertigkeit und Entwicklung zur eigenartigen Persönlichkeit überflüssig, d.h., zugunsten der Gruppe und ihrer ethischen Wertordnung, normativen Tradition und des bewährten Brauchtums v e r z i c h t b a r. - Getragen und geleitet von der Gruppe, behütet und versorgt im Sippenverband, verwurzelt mit allen kollektiven Erleb- und Erleidnissen ist der einzelne Mensch als Person unwesentlich und im Gruppengeist sowie im Entwicklungsgeschehen 'aufgehoben' (im Sinne von aufgegangen). - Tatsächlich sind 'Zigeuner' vom Wesen her wie Kinder konzipiert. Ohne Hautkontakt zur Sippe sind sie beinahe lebensunfähig und meistens verhaltensgestört. - Sie empfinden und leben das Dasein unbekümmert kindlich; sind grundsätzlich heiter, unkompliziert und freizügig; sie kennen keine Aggressionen, weil sie keinen Machtwillen oder unter Frustrationen zu leiden haben. - Ansich müßte sich jeder schämen, der ihnen etwas antut; denn sie selbst sind weder Angreifer noch Streiter. -

*Silvia Sobeck*

Sozialreferentin

der KATH. ZIGEUNER- U. NOMADENSEELSORGE IN DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND WESTBERLIN  
HILDESHEIM - im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz

Diana 21:  
DIOZESAN-CARITASVERBAND  
für das ERZBISTUM KÖLN

5 Köln 1, Georgstraße 7  
Telefon (0212) 2010-1 + 76 07 66

15. Februar 1978

Herrn  
Rainer Komers  
Heißener Str. 107

4330 Mülheim/Ruhr

Sehr geehrter Herr Komers!

Ihren Brief vom 10.2.1978 haben wir erhalten und danken Ihnen für Ihr Interesse. Da sich Frau Sobeck für längere Zeit auf Dienstreisen befindet und Ihnen deshalb nicht persönlich antworten kann, hat sie mich gebeten, Sie an Herrn Prof. Dr. Arnold, Richthofenstr. 9, 6740 Landau/Pfalz zu verweisen. Herr Prof. Dr. Arnold hat ein großes Wissen über Verfolgungs- und Vernichtungsektionen in der Zeit des Nationalsozialismus gerade an Zigeunern. Er wird Ihnen bestimmt helfen können.

Mit freundlichen Grüßen

J.A.  
*J. A.*

Spendenkonto: Stadtparkhaus Köln 1236 2208 BLZ 370 501 98

Ausschnitt aus:

„Caritas“ Nr. 6, November 1973

„Die Zigeuner - Aufgaben und Möglichkeiten“

Berlin gegründeten "Rassehygieneinstitut", das sich ausschließlich mit "Forschungen" über Sinti und Roma befaßte. In der Zeit des Nationalsozialismus bestand die Aufgabe des Instituts darin, Sinti und Roma möglichst vollständig zu erfassen, sie als "stamm-echte Zigeuner" oder "Zigeunermischlinge" zu klassifizieren und Direktiven für die "Behandlung" der so Klassifizierten zu erstellen. Die fast vollständige Erfassung der damals in Deutschland lebenden Sinti und Roma durch das "Rassehygieneinstitut" bildete die Grundlage für ihre spätere Vernichtung.(...)

Neben Sobeck und zwei Vertretern des BKA gehörte der oben erwähnten "Arbeitsgruppe Landfahrer" zunächst auch Hermann Arnold an. Wir fragen uns, wie ist es möglich, einerseits die nationalsozialistische Rassepolitik zu verurteilen, andererseits jedoch mit dem der NS-Rassenideologie nahestehenden Hermann Arnold zusammenzuarbeiten; einerseits die fortgesetzte Diskriminierung von Sinti und Roma "im Rahmen des Ordnungs- und Polizeirechts" zu kritisieren, andererseits jedoch mit zwei Vertretern des BKA zu kooperieren,(...)?

**Roma-AG Recklinghausen**

**Achim Muth**

### Zur seelsorglichen Betreuung der Zigeuner

#### Psychischer Entwicklungsstand

Die starke seelische Verhaftung des einzelnen im Sippenverband ist ein typisches Merkmal der Psyche des Zigeuners. Sie darf nicht oberflächlich als emotionale Bindung verstanden werden. Vielmehr beruht sie auf einer Identifizierung des einzelnen mit der Gruppe, die verbunden ist mit einer erst beginnenden Ich-Entwicklung und Selbsterfahrung, d. h. einer völlig anderen als uns vertrauten Bewußtseinsituation. Da unser ethisches Soll individuelle Bewußtseinsleistungen voraussetzt, die der undifferenzierten Ich-Persönlichkeit des Zigeuners noch gar nicht möglich sind, dürfen wir auf keinen Fall unsere Maßstäbe christlicher Moral an das Verhalten des Zigeuners anlegen. Auch die „mangelnde Willensstärke“ und „moralische Labilität“ gründen letztlich in den noch nicht systematisierten Bewußtseinsinhalten und sollten nicht moralisch, sondern entwicklungsgeschichtlich verstanden werden.

So ist auch zum Beispiel die vorrangige Verehrung der Muttergottes Ausdruck der noch nicht vollzogenen Ablösung des Ichs aus dem psychischen Kraftfeld des Mütterlichen. Sie ist identisch mit der starken Verhaftung im Sippenverband und der daraus sich ergebenden Sippenethik. Zudem wird die Welt nicht in ihren sachlichen Bezügen, sondern mythisch-magisch erlebt. Entsprechend ist die Reaktion des Zigeuners auf seine Umwelt.

# ...IN LETZTER MINUTE

Wiking-Jugend

An alle AntifaschistInnen !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Unter dem Motto "Heldengedenken" ruft der Funktionär der Wiking-Jugend und der FAP, Dirk Nahrath, für Sonntag, den 18. November zu einem Faschistentreffen in Halbe bei Märkisch Buchholz, südlich von Berlin an der Fernverkehrsstraße 179 gelegen, auf.

In der Einladung der Wiking-Jugend heißt es:

"Gestaltung und Größe dieser Veranstaltung sollen dabei den üblichen Rahmen übersteigen. Das vereinte Auftreten vieler volkstreuer Menschen aus verschiedenen Verbänden aus diesem Anlaß ist in diesem Jahr der kleindeutschen Vereinigung besonders wichtig. Die deutsche Kulturgemeinschaft Berlin ist Ausrichter dieser Veranstaltung, die Wiking-Jugend wird die Feier gestalten."

Die Veranstaltung am 18.11. soll um 10.00 Uhr beginnen.

Es wäre schön, wenn auch zahlreiche AntifaschistInnen ihre Ansichten zu diesem faschistischen "Heldengedenken" kundtun würden!!

## ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
 • 4350 Recklinghausen •  
 • Tel. 02361-17002 •